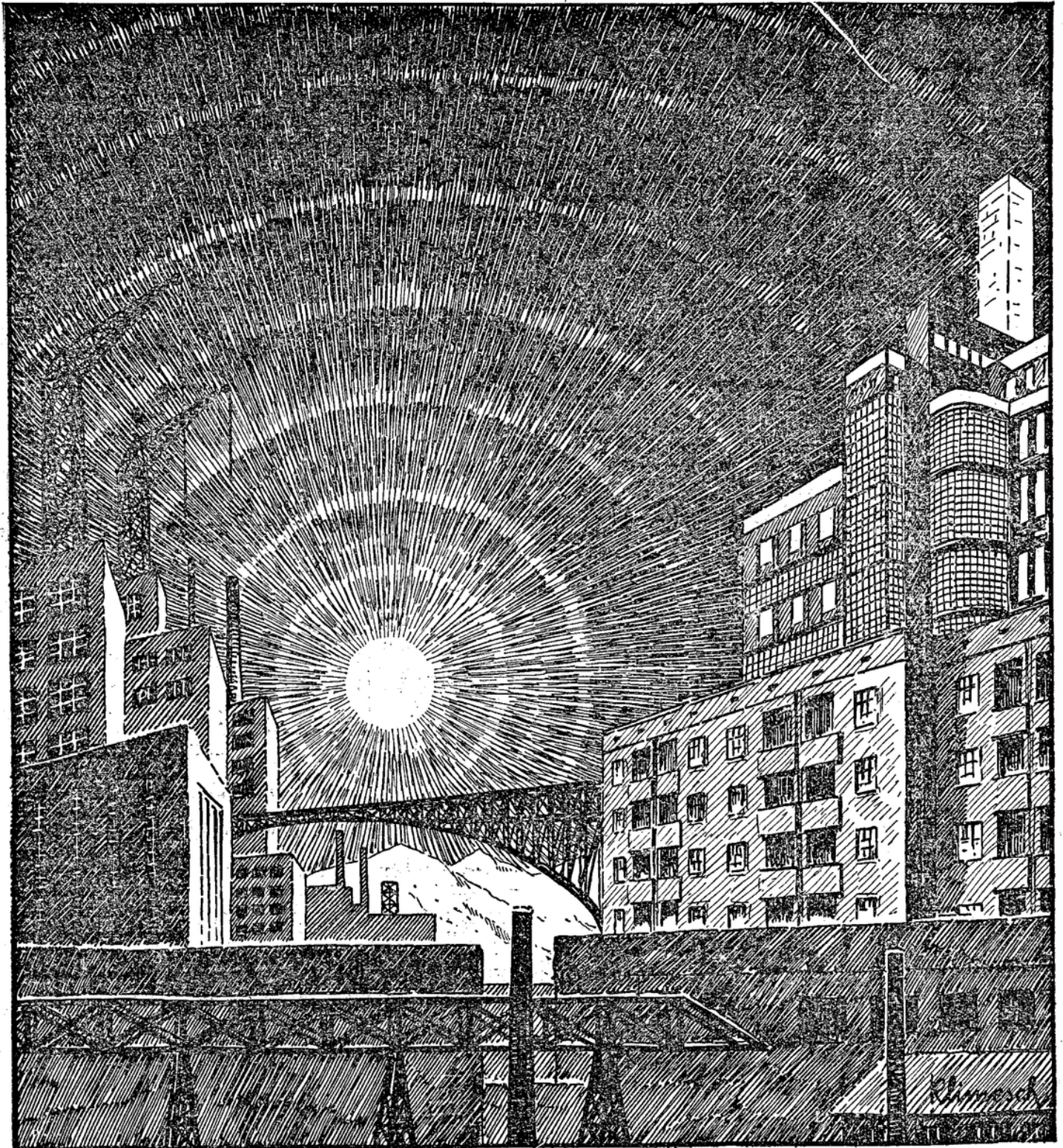


Gewerkschaft

Zeitschrift zur Vertretung der wirtschaftlichen und sozialen Interessen
der Arbeitnehmer in öffentlichen Betrieben und Verwaltungen



WINTERSONNENWENDE

Weihnachtsgedanken 1929



Woch herrscht keine strenge Winterkälte. In der norddeutschen Tiefebene wüten Sturm und Regen, und der weiße Winter mit seiner Poesie hat hier noch keine Einkehr gehalten. Aber dunkel sind die Tage, und wohl kann die Sehnsucht aufkommen nach der Sonnenwende. Wintersonnenwende — Weihnachtsfeier! Der Begriff der Wintersonnenwende und Weihnachtsfeier geht in der Welt des Arbeiters

Arbeitslosigkeit und das damit verbundene Elend überwunden werden sollen. Wir Sozialisten sind der Meinung, daß das nur geschehen kann durch Umstellung der gesamten Wirtschaft, dadurch, daß aus der kapitalistischen Profitwirtschaft des einzelnen und der einzelnen Gesellschaften die Gemeinwirtschaft sich entwickelt, die nach dem Bedarf produziert und die auch die Arbeitsstunde nur nach dem Bedarf regelt, die aber jeden zur Gesellschaftsarbeit verpflichtet und keinen Arbeitslosen duldet. Unsere Gegner, die sich für die eigentlichen Wirtschaftsführer halten, sind

außerstande, diese Wirtschaft einwandfrei zu führen, und so ist es den Arbeitnehmern, ob sie nun Beamte, Angestellte oder eigentliche Handarbeiter sind, selbsterständlich, daß nur die Hoffnung auf den Sozialismus im tiefsten Grunde hier Wandel schaffen kann. Von diesem Gesichtspunkt aus ist der Kapitalismus der Winter — ein Tiefpunkt in der Menschheitsentwicklung. Gewiß war er eine Notwendigkeit, schuf er erst die Vorbedingungen für die Bedarfswirtschaft und für den Sozialismus, und genau wie wir in der Natur nach wenig Monaten bei aufsteigender Sonne das erste Blühen und Knospen erleben, so dürfen wir auch erhoffen, daß bei Umgestaltung der kapitalistischen Wirtschaft in eine sozialistische Bedarfswirtschaft die Menschheit die finsternen Tage der Arbeitslosigkeit, des roten Krieges und des Elends überwindet und das steigende Licht des Sozialismus erscheint.

So sollst du sein!

So sollst du sein, wie der Weihnachtsbaum,
Wenn dich Wetter und Stürme geschlagen:
Grad aufwärts rade dich in den Raum,
Und freundiges Licht sollst du irgen.
Im Auge den Glanz und im Herzen die Mut,
Auf den Lippen die Worte, die hellen —
Daß um dich erwachen die Quellen
Der Seelen in höherem Mut.

So sollst du sein, wie der Weihnachtsbaum,
Der Erde froher Verkünder:
Wie aus dem Märchen, die aus dem Traum
Die Frucht wächst für hungrige Mäuler.
Wie lachender Apfel und goldene Ruß
Dem gläubigen Schaffern trinken,
Und verheißende Sterne blitzen
In der Tage rauschendem Fluß.

So sollst du sein, wie der Weihnachtsbaum:
Gefassen die Zweige spreiten
Und über die Jugend den silbernen Schaum
Warmlächelnder Hoffnung breiten.
Aus buntem Plüsch und blinkendem Tand
Aufzudecken den männlichen Willen:
Mit Schönheit die Welt zu erfüllen,
Mit schmückenden Wundern das Land.

So sollst du sein, wie der Weihnachtsbaum:
Von allem Hass geschieden,
Im kleinen Kreise, im engen Raum
Ein ruhiges Bild von Frieden.
Ein Bild der Kraft und der Zuversicht,
Bereit, alle Früchte zu spenden
Und zögende Trübsal zu wenden
In Freude, Schönheit und Licht.

Ernst Herzog

und während dieser Generation, insbesondere die Arbeiterjugend, mit Begeisterung den Winter verbrennt als Stroh puppe und um das Feuer tanzt, während die Jugend also nicht nur symbolisch, sondern auch tatsächlich sich zum Bewußtsein bringt, wie stark doch manche unserer Leiden und Freuden in der Natur verankert sind, ist in der älteren Generation doch mehr der Gedanke vorherrschend, daß Weihnachten das Fest der Geschenke, der Familie und des Ausruhens ist. Gewiß, Hunderttausende der Ärmsten sind vom Weihnachtsgabentisch ausgeschlossen. Die kärgliche Arbeitslosenunterstützung ermöglicht ihnen nicht eine wirklich freudige Weihnachtsfeierstunde. In vielen Arbeiterfamilien aber ist der Etat so knapp, daß selbst bei angestrengtester Arbeit es nur langt zu „praktischen“ Geschenken, d. h. zu den ohnehin notwendigen Käufen für die Familie, und doch ist am Weihnachtstage die freudige Stimmung allgemein. Der Weihnachtsbaum brennt und erinnert jeden einzelnen an seine eigene Kindheit. — Eine Stunde des Erinnerns, des Rückblicks, sollte sich jeder unter seinem Weihnachtsbaum gönnen. Er wird klar erkennen, daß auch im Weihnachtsfest die Grundgedanken enthalten sind, die zur Menschenverbrüderung und zum Sozialismus führen müßten. Erlösung von den Unilden der Natur war wohl der tiefste Grund früherer Völker, um die Zeit der Winter Sonnenwende den Lichterbaum aufzustellen. Erlösung vom Sklaventum führte zur allgemeinen Ausdehnung des Christentums, das in seinen Grundzügen den sozialistischen Ideen ähnelt. Und auch der Sozialismus selbst hat zur Voraussetzung eine wirklich brüderlich gestimmte Gemeinschaft aller Menschen, die heute ebenfalls nur im Weihnachtsfest gegeben ist.

Hart bedrängt ist die Menschheit von den Nachwehen des Weltkrieges. In fast allen großen Kulturstaaten herrscht riesige Arbeitslosigkeit, und niemand kann uns sagen, wie in schneller Folge diese

uns viel zu schaffen machen, der ungemein stark entwickelte Kapitalismus mit seinen Finanz- und sonstigen Machtmitteln, wie ihn nie zuvor die Welt gesehen hat, und die Zerspaltung der Arbeiterschaft, wodurch nicht nur starke, wertvolle Kräfte zurzeit der Arbeiterschaft verloren gingen, sondern die sie auch in unsinniger Weise gegen die eigenen Kameraden Stellung nehmen ließ. Wären diese Weihnachtstage nicht dazu angetan, ein wenig die Dinge heftiger anzusehen, um zu der Erkenntnis zu gelangen, daß nur geeinter Wille stark macht und daß auch die Arbeiterschaft so lange der Schwierigkeiten nicht Herr werden wird in Wirtschaft und Politik, solange sie keine einheitliche Macht bildet. So verbleibt auch in diesem Jahre als Grundgedanke zum Weihnachtstage die Forderung der Einigkeit aller Arbeitnehmer gegenüber den widerstrebenden Elementen in Staat und Wirtschaft. E. D.

Erste Reichskonferenz der Betriebsrats-Aufsichtsräte der öffentlichen Betriebe am 9. und 10. Dezember 1929

Der Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter hatte zum 9. und 10. Dezember 1929 eine Konferenz der Betriebsratsmitglieder in den Aufsichtsräten der öffentlichen Unternehmungen einberufen, an der auch diejenigen Kollegen des Verkehrsbundes teilnahmen, die in öffentlichen Betrieben tätig sind. Die Verhandlungen fanden im Berliner Gewerkschaftshaus statt. Außer den Vertretern der Verbandsvorstände waren 72 ordentliche Delegierte und 14 Gastdelegierte erschienen.

Kollege Orlopp vom Vorstand des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter eröffnete und begrüßte den Kongreß. Für den Gesamt-Verband sprach dessen stellvertretender Vorsitzender, Kollege Becker. Er erinnerte an den Beginn des Betriebsratsgesetzes und die Ausführungen des § 70, Mitarbeit der Betriebsräte in den Aufsichtsräten. Auch hierbei zeigt sich die Verbundenheit von Politik und Wirtschaft. Schon dies allein würde ausreichen, um unseren Zusammenschluß im Gesamt-Verband zu begründen, nämlich unser gemeinsames Bestreben zum Mitwirken in der Wirtschaft. Diese Konferenz soll den Auftakt geben für die gesamte Mitgliedschaft.

Kollege Riedel vom Bundesvorstand des Verkehrsbundes teilt mit, daß 21 Kollegen aus dem DB. teilnehmen. Diese Konferenz soll dazu dienen, den einzelnen Kollegen in den Aufsichtsräten Hilfestellung zu geben, damit sie ihre Tätigkeit leichter verrichten können.

Namens der Berliner Filiale begrüßte Kollege Rochowski die Konferenz. Heute ist die Gewerkschaftsarbeit nicht nur die bloße Verbesserung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse, sondern sie ist im besten Sinne Kulturarbeit. Die gesamte Wirtschaft wird günstig beeinflusst durch die Mitarbeit der Gewerkschaften und auch der B.-Aufsichtsräte. Die Schulung der Gewerkschaften möchte es erreichen, daß unsere Aufsichtsratsvertreter ihre Aufgaben allmählich meistern. Die Erkenntnis ist wach, denen, die uns befehlen, müssen wir ein Paroli bieten. Dazu gehört aber Wissen und Können.

Als Vertreter des Gesamtbetriebsrats der Stadt Berlin begrüßte Kollege Hepprich den Kongreß.

Am ersten Verhandlungstag wurde von den Referenten Dr. Flatow und Kurt Heinig eine theoretische Untersuchung der Stellung des Betriebsrats im Aufsichtsrat dargelegt. Ministerialrat Dr. Flatow vom Preussischen Ministerium für Handel und Gewerbe referierte über „Rechtliche Fragen bei der Tätigkeit von Betriebsratsmitgliedern in den Aufsichtsräten öffentlicher Unternehmungen“. Wir geben nachfolgenden Auszug aus dem 1. Teil des Referats Dr. Flatows. Der 2. Teil des Referats wird später in der „Gewerkschaft“ wiedergegeben. Wir möchten unsere Leser bitten, diese Ausführungen recht aufmerksam zu lesen, da sie ungemein instruktiv sind.

Eine Versammlung wie die gegenwärtige sei vor 45 Jahren, als 1884 die Grundlagen des heutigen Aktienrechts geschaffen wurden, dem Gesetzgeber gewiß unvorstellbar gewesen; der Gedanke einer irgendwie gearteten Teilnahme von Belegschaftsvertretern im Aufsichtsrat, dem nahezu wichtigsten Organ der typischen kapitalistischen Handelsgesellschaftsform, wäre damals als vollständige Utopie erschienen; in dieser Gegenüberstellung von damals und jetzt zeigt sich die Bedeutung des neuen Prinzips, mag seine gegenwärtige praktische Wirksamkeit trotz oder vielmehr infolge erst zehnjähriger Geltung auch vielfach nicht sehr groß eingeschätzt werden, vor allem soweit es sich um die auf wirtschaftlichem Gebiet (im Gegensatz zur Vertretung von Belegschaftsinteressen) liegende Funktion der Belegschaftsvertreter im Aufsichtsrat handelt. Ueber die tatsächliche Stellung der Betriebsratsmitglieder im Aufsichtsrat gäbe es einiges Material aus den letzten Jahren, z. B. Erfahrungen, die der AFA-Bund mit seinen Betriebsratsmitgliedern im Aufsichtsrat gemacht habe, vor allem aber die Vernehmungen im Untersuchungsausschuß (Verhandlungen und Berichte des Untersuchungsausschusses für allgemeine Wirtschaftsstruktur, 3. Arbeitsgruppe, Wandlungen in den wirtschaftlichen Organisationsformen, 1. Teil Wandlungen in der Rechtsform der Einzelunternehmungen und Konzerne, Berlin 1928); dort seien führende Unternehmer der größten Aktiengesellschaften und Betriebsratsmitglieder im Aufsichtsrat von Großunternehmungen vernommen worden; die Äußerungen der Unternehmer seien vielfach auf den Ton abgestellt, man spüre auf wirtschaftlichem Gebiet von den neuen Aufsichtsratsmitgliedern nichts, wohl aber be-

nutzten sie die Stellung zur Vertretung von Arbeitnehmerinteressen in einem sonst mit Arbeitnehmerfragen kaum befaßten Gesellschaftsorgan; die Vertreter der Arbeitnehmer andererseits hätten vielfach ihre neue Stellung als wirkame Gelegenheit zur Vertretung der Belegschaftsinteressen bezeichnet, über ihre wirtschaftliche Mitarbeit aber auch nicht viel auszusagen gewußt, zugleich aber über Behinderungen durch den übrigen Aufsichtsrat mittels Ausschußbildung, Vorbesprechungen und dergleichen ohne ihre Zustimmung geklagt. So sei es nur zu begrüßen, daß auch diese Konferenz für einen durch die Zugehörigkeit zu den öffentlichen Betrieben besonders gelagerten Unternehmungstyp das vorhandene Tatsachenmaterial über die Auswirkung des § 70 BRG. vermehren werde. Welche Bedeutung übrigens besonders das Ausland dem Betriebsratsgesetz im allgemeinen wie auch dem § 70 im besonderen beimesse, zeigten die mannigfachen fremdländischen Publikationen über das deutsche Betriebsratswesen, zuletzt ein im vorigen Jahr erschienenenes Buch eines englischen Professors aus Cambridge, der bei aller nüchternen und zurückhaltenden Einschätzung der gegenwärtig noch relativ bescheidenen Bedeutung des § 70 darin doch ein wichtiges, in die Zukunft weisendes Prinzip des Eindringens von Arbeitnehmern in die Welt der Wirtschaft erblickte.

Nach den einleitenden Bemerkungen gab der Vortragende einen kurzen Ueberblick über die geschichtliche Entwicklung des Aktienrechts, sodann eine ausführlichere Darstellung der Grundsätze des geltenden Rechts und der damit zusammenhängenden arbeitsrechtlichen Bestimmungen des § 70 BRG. und seines Ausführungsgesetzes, betreffend Entsendung von Betriebsratsmitgliedern in den Aufsichtsrat vom 15. Februar 1922, zugleich unter Hervorhebung der Tatsache, daß von den unter § 70 fallenden verschiedenen Gesellschaftsformen (Aktiengesellschaft, Kommanditgesellschaft auf Aktien, Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Versicherungsverein auf Gegenseitigkeit, Genossenschaft und bergrechtliche Gewerkschaft) die Aktiengesellschaft am wichtigsten sei und die Aufsichtsräte der übrigen Gesellschaften im wesentlichen den gleichen Vorschriften wie der Aufsichtsrat der Aktiengesellschaft unterlägen. Die wirtschaftliche Bedeutung des Aktienwesens beleuchtete der Vortragende an ganz wenigen statistischen Zahlen. Danach gab es 1886 2143 Gesellschaften mit 4,876 Milliarden Nominalkapital, 1927 12403 Gesellschaften mit 21,5 Milliarden Nominalkapital, darunter 4558 Gesellschaften mit je über 500 000 Mark Grundkapital aufwärts = 20,6 Milliarden Nominalkapital aller Aktiengesellschaften, 698 Gesellschaften mit einem Grundkapital von 55 Millionen aufwärts = 14,7 Milliarden = 68,6 Prozent des Nominalkapitals aller Aktiengesellschaften, 60 Gesellschaften mit einem Grundkapital von über 50 Millionen = 7,3 Milliarden = 34,1 Proz. des Nominalkapitals aller Aktiengesellschaften, ferner gab es, was hier besonders interessiert, an Gas-, Wasser- und Elektrizitätsgesellschaften 264 Gesellschaften mit 1,841 Milliarden Nominalkapital.

Der Vortragende zeigte das Wesen der Aktiengesellschaft, nämlich die Beteiligung der Gesellschafter mit bestimmten Einlagen auf das in Aktien zerlegte Grundkapital, das Fehlen der persönlichen Haftung, der Zubußpflicht und des Rückzahlungsanspruches, die Existenz des bloßen Dividendenanspruches, die leichte Übertragbarkeit der typischen Inhaberkarte, die gegenüber den anderen Personalgesellschaften des Handelsrechts erhöhte Publizität der Aktiengesellschaft auf dem Gebiet der Bilanzen und Geschäftsberichte usw. Dabei streifte er das Problem der Wiederherstellung des Aktiennennwertes von 1000 Mk. (statt des jetzigen geringeren Betrages von 100 Mk. aufwärts, eine Folge der Umstellung nach der Inflation), insbesondere auch unter dem Gesichtspunkt, wieweit die Arbeitnehmerschaft ein Interesse daran habe, durch niedrige Bemessung des Mindestnennwertes in den Kreis der für den Aktienbezug in Betracht kommenden sozialen Schichten einbezogen und damit mit dem Schicksal der einzelnen Privatunternehmung jeweils verknüpft zu werden.

Als dann beschrieb der Vortragende die drei Organe der Aktiengesellschaft, die Generalversammlung, den Aufsichtsrat und den Vorstand, und zeigte ihre gegenseitigen Beziehungen und die Funktionen, wie sie ihnen vom Gesetzgeber zugewiesen sind, sowie die praktische Ausgestaltung, die das Verhältnis dieser Organe zueinander in der modernen großen Aktiengesellschaft gefunden hat, in der die Generalversammlung die ihr vom Gesetzgeber zugedachte beherrschende Stellung als eine Art Aktienparlament mit lauter gleichberechtigten und gleichberechtigten Aktionären

längst durch das Auftreten des Großaktionärs und der Kraft ihrer Depotbedingungen allmächtigen Banken eingebüßt hat. (Die Banken erscheinen als die Vertreter all der Kunden, die Aktien der betreffenden Gesellschaften besitzen und der Bank zur Verwahrung und damit auch zur Vertretung in der Generalversammlung übergeben haben.) Der Vortragende erwähnte die Einrichtung der Vorzugsaktien, der Mehrstimmrechts- und Verwaltungssaktien, wofür letztere in der Inflation entstanden sind, als Mittel gegen die Ueberfremdungsgefahr, und weitgehend zur Verlagerung der Mehrheitsverhältnisse, vor allem zugunsten der Gesellschaftsverwaltung, geführt haben.

Insbesondere behandelte er dann die Rechtsstellung des Aufsichtsrats, ging an Hand des Staubischen Kommentars zum Handelsgesetzbuch auf die Auslegung des entscheidenden § 246 HGB. in der Praxis ein und hob den weiteren Ausbau der Aufsichtsratsstellung durch die vielfache Mitwirkung an der Verwaltung der Aktiengesellschaft hervor, indem er auch hierbei die Vernehmungen der Aktienpraktiker in den erwähnten Verhandlungen des Untersuchungsausschusses zur Verdeutlichung herbeizog. Die Betrachtung der Generalversammlung gab Gelegenheit, die Grundzüge der Bilanzvorschriften des HGB. zu erörtern.

Ein kurzer Ueberblick über die anderen oben genannten Gesellschaftsformen, die Aufsichtsräte besitzen (zum Teil allerdings — so G. m. b. H., kleiner Versicherungsverein auf Gegenseitigkeit — nur kraft freiwilliger Satzungsbestimmungen, nicht obligatorisch) beschloß den handelsrechtlichen Teil der Ausführungen.

Referat Heinig: Aus den an die Verbandsleitung eingesandten Berichten der B.-Aufsichtsräte der öffentlichen Unternehmungen ist klar ersichtlich, daß die Vertreter der Arbeiterschaft in den Aufsichtsräten der öffentlichen Unternehmungen schon einen viel größeren Einfluß haben, als in den Aufsichtsräten der privaten Unternehmungen. Das ist auch grundsätzlich von erheblicher Bedeutung. Was die Auffassung Flawows über die Bildung von Ausschüssen anlangt, so ist zu bedenken, daß solche Wirtschaftskommissionen oder -ausschüsse den Aufsichtsräten oftmals recht zweckmäßig sein können. Es muß aber dann unbedingt verlangt werden, daß die Beschlüsse dieser Ausschüsse dem gesamten Aufsichtsrat zur endgültigen Genehmigung vorgelegt werden. In jedem Fall ist dem Aufsichtsrat Kenntnis davon zu geben. Alsdann kann auch das B.-Aufsichtsratsmitglied Einspruch erheben, falls erforderlich, oder sonst seine abweichende Meinung in der folgenden Aufsichtsratsitzung zum Ausdruck bringen. Voraussetzung ist natürlich, daß die B.-Aufsichtsräte sich eine genaue Kenntnis der Gesetze der Wirtschaft aneignen, um überhaupt fruchtbringende Arbeit zu leisten. In den Aufsichtsräten können natürlich nur gewerkschaftliche Aufgaben gelöst werden, sondern es ist hierfür nur der Boden vorzubereiten. Nun kann man auch unterscheiden zwischen Verhandlungen am grünen oder am weißen Tisch (d. h. bei Vorbesprechungen oder gesellschaftlichen Zusammenkünften der Aufsichtsräte). Mancher glaubt, was am grünen Tisch erlaubt, sei am weißen Tisch verboten. Aber so manche Verhandlung wird am weißen Tisch mit größerem Erfolg gepflogen. Natürlich sind die Verhandlungen am weißen Tisch schwieriger. Seit kaum zehn Jahren sind die Massen politisch und auch im gesellschaftlichen Leben gleichberechtigt. Es gilt nun für das einzelne B.-Aufsichtsratsmitglied entsprechend selbstbewußt aufzutreten und nicht auf dem Parkett zu straucheln.

Aus den Berichten ist ersichtlich, daß die B.-Aufsichtsräte viel Material erhalten. Man muß aber dieses Material auch verstehen und verarbeiten. Diese Arbeit ist schwierig und darum erfordert die Auswahl der B.-Aufsichtsräte besondere Sorgfalt. Wenn einzelne Berichte sagen, daß mit den Vertretern der Stadt, soweit sie der SPD. angehören, schlecht zu arbeiten sei, so dürfte das meist an der mangelnden gegenseitigen Verständigung liegen. Redner verbreitet sich — wie aus den Diskussionsantworten ersichtlich, ausführlich und ablehnend über das soziale Lohnprinzip, Wehrnachtsgratifikation usw. Er ist für ein klares Lohnprinzip. Natürlich ist die Belegschaft dafür, daß auch die Lohnverhältnisse möglichst ausgiebig im Aufsichtsrat von den Betriebsratsvertretern behandelt werden. Was macht nun so ein Betriebsrat? Ihm fehlt manchmal der „Bürgerstolz vor Königsthronen“, und deshalb der Ausweg: er schimpft auf die Aufsichtsräte! Die Aufgabe ist aber, die Front vorzubereiten, wenn man Forderungen durchsetzen will. Man muß in guter Verbindung stehen mit den Genossen im Aufsichtsrat. Redner verbreitet sich alsdann über gewerkschaftliche Grundsätze, kommt auf den Betriebsegoismus zu sprechen, der leicht zur Werkgemeinschaft führen könne. Man ist dann stolz auf die Leistungen des eigenen Betriebes, nicht auf die allgemeinen Errungenschaften der Arbeiterschaft. Im ganzen geht aus den

Berichten ein recht günstiger Eindruck hervor über die Wirkungsmöglichkeiten in den Gemeindebetrieben, weit günstiger als in der Privatindustrie. Aber diese vermehrten Möglichkeiten bergen auch vermehrte Schwierigkeiten und Probleme. Einesteils gilt es die Arbeitnehmerinteressen zu wahren, zum andern auch allgemeine Interessen zu beachten.

Im zweiten Teil seines Referats geht Genosse Heinig auf einzelne besondere Aufgaben der B.-Aufsichtsräte ein. Es ist schwer, aus dem Kreislauf Lohn und Preis herauszukommen. Der amerikanische Unternehmer sieht im Lohn gleichzeitig ein Stück Kaufkraft, während bei uns das leider allgemein nicht der Fall ist. Wohl sind einige Fabrikanten (Fahrrad, Schokolade) für höhere Löhne bei den andern Unternehmungen, damit die Kaufkraft der Massen gestärkt werde. Andererseits spielt der Lohn in der Elektroindustrie, Gas und Wasser und zahlreichen anderen Großindustrien keine so große Rolle mehr wie die festen Kosten des Betriebes. Die Rationalisierung liegt daher in solchen Betrieben anscheinend auch nicht so sehr bei der Derringerung der Arbeiterzahl, sondern in der Verminderung der festen Kosten durch Dauerbetrieb, bessere Maschinen und rationellen Arbeitsprozeß an sich.

Redner verbreitet sich in interessanter Weise über den Wandel der Anteilsquote des Lohnes, des Materials und sonstiger Kosten aus der Vorkriegszeit und zieht eine Parallele zur Jetztzeit, wo sich das Verhältnis vielfach vollständig umgekehrt hat. Aufgabe der B.-Aufsichtsräte muß es sein, anzustreben, die andern Kosten (außer dem Lohn) herabzusetzen. Redner kommt dann noch einmal unter lebhaftem Widerspruch der Hörer auf die Ruheordnungs-kassen, Beamtenpensionen usw. zu sprechen, deren Bedeutung er offenkundig falsch einschätzt.

Interessant waren seine Ausführungen über das Formularwesen, das einen allzu großen Bürokratismus angenommen habe, auch in den Privatfabriken. Der Deutsche neige ohnehin zu stark zur Schematisierung. Volkswirtschaftlich gesehen, muß immer wieder betont werden, daß die Produktion heute abhängig ist von den armen Leuten (d. h. von der großen Masse der Bevölkerung). Deshalb hat der Lohn heute auch entscheidende Bedeutung für die Produktion. Arbeiter mit einem Wochenlohn von 50 Mk. benötigten für die allernotwendigsten Ausgaben 45 Mk., während andere Arbeitnehmer mit einem Wochenlohn von 100 Mk. dafür etwa 65 Mk. benötigen. Ein Teil der Restsumme kann dann für nicht unbedingt notwendige Anschaffungen benutzt werden, wodurch bestimmte Produktionszweige stark gefördert werden. Fest steht, daß letzten Endes die Lohnpolitik eine Angelegenheit der Gewerkschaften ist, nicht der B.-Aufsichtsräte. Aber die B.-Aufsichtsräte sollen die Lohnbewegungen gewissermaßen untermauern, d. h. auf ein festes Fundament zu stellen versuchen. Am Schluß gab der Referent noch einige allgemeine Anregungen für die B.-Aufsichtsratsmitglieder.

* * *

Zweiter Tag.

Kamin (Berlin) wendet sich scharf gegen die Ausführungen des Referenten Heinig, dessen Bedenken gegenüber den sozialen Löhnen er durchaus nicht teilt. Die unbedingte Weiterentwicklung auf dem bisherigen Wege zum sozialen Arbeitsrecht muß vom Verband vorrangig gefordert werden. Alle Erfahrungen drängen dahin, diesen Weg weiter beizubehalten. Wir leisten damit gleichzeitig vorbildliche Arbeit für alle anderen Gewerkschaften. Der Redner schildert dann ausführlich und in interessanter Weise die Kämpfe im Aufsichtsrat der Berliner Wasserwerke. Die durch den Aufsichtsrat besonders eingesetzte Wirtschaftskommission ist von uns bekämpft worden und mit Recht, wie sich sehr bald gezeigt hat. So hat man z. B. die Wahl der drei Direktoren einfach in der Wirtschaftskommission erledigt. Ähnlich ging es mit der Frage des Gasreglers, der eine wesentliche technische Erleichterung bringen sollte. Bei den Umbauten sind wir als Aufsichtsrat sehr interessiert, insbesondere wenn neue Maschinen eingebaut werden oder ein Werk modernisiert wird. Aber auch hier hat die Wirtschaftskommission allein beschlossen. Wir haben daher den Antrag gestellt, die Wirtschaftskommission aufzuheben. Erst nach drei Sitzungen wurde dieser Antrag überhaupt auf die Tagesordnung gesetzt und — abgelehnt. Wir fühlen uns als Betriebsratsaufsichtsräte nicht nur als Vertreter unserer Kollegen, sondern auch als Vertreter der Allgemeinheit, und wenn wir heute sehen, daß die Reingewinne von Jahr zu Jahr steigen und die Lohnbewegungen uns abgelehnt werden, so ist das für die Mitglieder des Aufsichtsrates ganz besonders unverständlich. Wir fordern auch besondere Personalkommissionen. Bei den Wasserwerken besteht zwar eine solche, die aber nur zur Behandlung untergeordneter Fragen einberufen wird. Das erscheint uns manchmal als regel-

rechte Sabotage. Die öffentliche Wirtschaft muß weiter gefördert werden. Wir müssen von unserem Verbandsvorstand und vom ADGB fordern, daß in den Parlamenten dahin gewirkt wird, die Betriebsräte in allen wichtigen Fragen hinzuzuziehen. Jede Gesellschaftsbildung (G. m. b. H.) ist abzulehnen, denn sie wird nicht wegen der Schwerfälligkeit des Apparates gegründet, sondern nur um der direkten Kontrolle zu entgehen und für die Direktoren usw. günstigere Verhältnisse zu schaffen. Wir müssen auch stärkere Führung mit den Vertretern der Arbeiterparteien in den Aufsichtsräten bekommen; dann profitiert die Belegschaft und die Allgemeinheit.

K u r p a t (Dresden): Das Enqueteresultat des Reichswirtschaftsrats konnte uns eigentlich nicht überraschen. Die Schwierigkeiten für die B.-Aufsichtsräte sind in der Praxis trotz des § 70 sehr mannigfaltig. Die „Wirtschaftsoffiziere“ sehen doch in dem Betriebsrat allzuoft nur den „Wirtschaftssoldaten“. Oftmals ist er das auch nur. Wenn er nun den Gesichtswinkel der Allgemeinheit wahrnehmen will, wie soll er da arbeiten? Ich würde Heinig dankbar sein, im Schlußwort zu hören, wie sich das Aufsichtsratsmitglied stärker bemerkbar machen könnte. Hinzu kommt, daß die Belegschaft auch nicht immer das rechte Verständnis für die allgemeinen wirtschaftlichen Fragen hat, sondern sie verlangt Interessensvertretung vom B.-Aufsichtsrat. Wenn das B.-Aufsichtsratsmitglied keine Gelegenheit hat, in die Wirtschaftskommission hineinzukommen und sich nicht allgemein oder durch die Presse informieren kann, so vermag es auch nicht einzugreifen. Man muß man bedenken, daß das Betriebsratsgesetz zum Teil das Sieb für höhere Stellen im Betriebe geworden ist. Kann man es den Kollegen verdenken, wenn sie solche Stellen annehmen? Der Referent Heinig hat unrecht, wenn er meint, daß Einzelzulagen nichts bedeuten. Unsere Dresdener Kollegen haben mich beauftragt, hier die Anregung zu geben, daß bei einer nächsten Konferenz insbesondere die Verwaltungsräte mit den Aufsichtsräten eingeladen werden. Gewerkschaft, Wirtschaft, Parlament, Gesetzgebung sind die stärksten Wege zum Fortschritt. Wir dürfen andererseits unsere Mitwirkung im Aufsichtsrat nicht überschätzen. Heinig stellte fest, daß ein Unterschied besteht in den Aufsichtsräten der Betriebsgesellschaften und denen der öffentlichen Betriebe. Unser Programm gibt klare Auskunft über unsere Grundsätze zum sozialen Arbeitsvertrag. Hier befinden wir uns im krassen Gegensatz zum Referenten. Wohl sind wir vor 30 Jahren im Kreise der Gewerkschaften deshalb bekämpft worden; heute hat man unser Programm anerkannt. Mit unseren Bestrebungen gehen wir in der Richtung zur Demokratisierung der Wirtschaft, und Prof. Nötting hat mit Recht sie als Vorwand für die sozialistische Wirtschaftsentwicklung bezeichnet. Natürlich spielen für unsere Aufsichtsräte die Rechtsfrage, die Nachfrage, die Persönlichkeitsfrage und die Bildungsfrage eine erhebliche Rolle. Unsere Aufsichtsräte mögen regelmäßig zusammenkommen — sei es örtlich oder bezirklich —, um ihre Erfahrungen auszutauschen. Es müssen besondere kommunalpolitische Ausschüsse geschaffen werden, die sich mit Etatbesprechungen, Haushaltsanträgen usw. besonders beschäftigen. Das Schwergewicht unserer Ausbildung muß auf die Wirtschaftsfrage gelegt werden.

S t e i n m e ß (Hamburg): Der Referent Heinig hat bereits die von uns eingesandten Berichte als Unterlage seiner Ausführungen genommen. Seine Schluffolgerung über die Ruhehochnordnungen können wir jedoch nicht teilen. Wohl erkennen wir an, daß es wünschenswert wäre, für alle Arbeitnehmer solche RO. zu schaffen. Aber darauf können wir nicht warten. Auch hier wenden wir uns gegen den Grundsatz: Alles oder nichts! Auf unsere Errungenschaften können wir nicht verzichten. Aber auch Heinig wird nicht saen wollen, daß wir uns nicht an den Beratungen für unsere Hamburger Ruhehochnordnung beteiligen sollten. Mit Hilfe unserer Verbandsleitung haben wir einige wesentliche Verbesserungen durchsetzen können. Unsere Betätigung als B.-Aufsichtsräte ist gleichzeitig im Interesse der Kollegenschaft wie auch der Allgemeinheit anzusehen. Unsere Zusammenarbeit mit den Vertretern der SPD. im Aufsichtsrat in Hamburg ist gut.

E i c h n e r (Berlin): Wir haben als B.-Aufsichtsräte für die Wirtschaftlichkeit des Unternehmens einzutreten. Das wissen wir, ja, manchmal könnten sich andere Aufsichtsratsmitglieder ein Beispiel daran nehmen. Unsere Maschinen in den Elektrizitätswerken Berlins liegen heute noch zu 75 Proz. brach. Infolge der benötigten Spitzenleistungen entstehen mancherlei Schwierigkeiten, insbesondere während der Sommermonate. Die Belegschaft kann dann nur zum Teil beschäftigt werden. Hier muß noch ein Ausweg gefunden werden. Die Elektrizitätswerke treiben gegenwärtig eine ungeheure Propaganda, obwohl sie kaum allen Aufrträgen nachkommen können. Viel wäre gewonnen, wenn wir auch die Installationsarbeiten überall selber machen würden. Aber hier soll

angeblich die Privatindustrie billiger sein. Das trifft sicher nicht zu. Auch für die Auftragserteilung von Kabelverlegungen durch private Unternehmer treten die Bürgerlichen ein, obwohl wir wesentlich billiger arbeiten. Allzuoft wird auch das Argument ausgespielt, daß die Privatindustrie der beste Kunde des Elektrizitätswerkes sei und deshalb berücksichtigt werden müsse. Dabei werden zahlreiche Apparate usw. nur mit gewaltigen Aufschlägen von den Privatunternehmern geliefert. Wir müssen sehen, daß alle solche Arbeiten in eigene Regie übernommen werden. Die Direktorengehälter sind vielfach auch enorm hoch. So ist es z. B. in einem Werk von 38 Mann vorgekommen, daß der Direktor ein Gehalt von 70 000 Mk. bezieht. Auch die SPD. müßte mehr beachten, daß der Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter mit seinem ganzen Wirken für die Kommunalwirtschaft eintritt. Deshalb verdient er stärkere Berücksichtigung seiner Vertretung.

M a c k e (Thüringen) wendet sich gegen einzelne Ausführungen Heinigs und betont, daß manchmal die B.-Aufsichtsräte in den schlechteren Arbeitsstellen beschäftigt werden. Die Wirtschaftskommissionen der Aufsichtsräte sind überaus bedenklich. Manchmal entscheiden sie sogar allein über die Erhöhung der Gaspreise usw. Dagegen müssen wir uns zur Wehr setzen.

W e c k (Berlin, Referent im Wohlfahrtsministerium): Als ich noch im Dienste des Verbandes stand, ist mir aufgefallen, daß von B.-Aufsichtsratsmitgliedern verhältnismäßig wenig Fragen von Bedeutung kamen, sondern nur meist solche formaler Natur. So wichtig diese Konferenz ist, noch wichtiger erscheint die systematische Schulung aller B.-Aufsichtsratsmitglieder. Nur wer rechtlich wirklich gut geschult ist, kann sein Amt gut ausfüllen. Alljährlich sollte von den B.-Aufsichtsratsmitgliedern ein Bericht an den Verbandsvorstand gehen. Der Redner wendet sich dann weiter gegen die Ausführungen Heinigs zum sozialen Arbeitsvertrag. Kranken- und Ruhehochnordnung widersprechen nicht den Interessen der gesamten Arbeitnehmer. Selbst wenn einmal im Reichstag Schwierigkeiten bestehen sollten bezüglich der Krankenversicherung usw., sind unsere Bestimmungen im Tarifvertrag verankert und können nicht herabgesetzt werden. Auch Leipzig hat anerkannt, daß unser Manteltarifvertrag vorbildlich ist und ein Ansporn für andere Gewerkschaften sein kann. Weck überreicht namens einer Anzahl Delegierter eine Entschliebung (siehe weiter hinten).

F l a c h (Köln): Wir konnten in manchen Fällen ein gewisses Entgegenkommen verzeichnen. Die Kollegen wollen aber allzuoft, daß wir im Aufsichtsrat auch ihre Forderungen vertreten. Das geht schwer durchzuführen. Unser Aufsichtsrat ist natürlich keine Tarifbewegungsmaschine. Dazu ist die Organisation da. Unsere Tätigkeit im Aufsichtsrat muß in der Hauptsache mehr wirtschaftlicher Art sein.

E r h a r t (München): Die Referate haben Dinge behandelt, die noch im Anfangsstadium stehen. Die grundsätzliche Einstellung des Genossen Heinig zur Ruhehochnordnung usw. ist der unsrigen entgegengesetzt. Diefach ist den Betriebsräten die Möglichkeit genommen, sachlich aktiv für die Wirtschaft einzutreten. § 66 des BRG. sagt, daß sie sich in erster Linie als Vertreter des Betriebes betätigen sollen und dann im Interesse der Kollegen. Darüber ist schon manches B.-Aufsichtsratsmitglied gestolpert. Diefach sind große Ueberschüsse in den Betrieben und trotzdem sträubt man sich, bei den Lohnforderungen auch nur eine Kleinigkeit nachzugeben. Wir müssen aber auch menschenwürdige Löhne fordern in den sogenannten Zuschußbetrieben. Wichtig ist für die B.-Aufsichtsräte, daß der Vertreter ein Charakter und eine Persönlichkeit ist.

B e i c h e (Berlin) spricht über die Rieselgüter Groß-Berlins und stellt fest, daß sich heute geradezu eine Sawirtschaft entwickelt hat. Zum Teil wird von den Pächtern der Rieselgüter das kommunale Kapital geradezu vergeudet. Später müssen wir wieder viel Geld neu hineinstecken.

J ä g e r (Hamburg): Als ich Heinig gestern hörte, konnte man glauben, wir B.-Aufsichtsräte sind schon beinahe selber Direktoren der Werke. Der Einfluß der B.-Aufsichtsräte ist manchmal recht gering.

S c h r o e d e r (Stettin): Diefach hat die Privatwirtschaft versucht, die Gemeindebetriebe wieder in die Hände zu bekommen. Wenn es ihr nicht gelungen ist, so nur durch die Stärke unserer Gewerkschaftsorganisation in der Installationszeit.

S ä n g e r (Barmen): Die Wirtschaftskommissionen und Ausschüsse sind überall bedenklich.

L e n g e r s d o r f f (Köln): Durch die uns allen sicherlich ganz unverständliche Stellungnahme Heinigs zum Soziallohn ist die Diskussion zum Teil auf falsche Bahnen gebracht worden. Sollen nun unsere Kollegen in den Aufsichtsräten auch soziale Angelegenheiten verhandeln oder sich nur auf die wirtschaftlichen Dinge beschrän-

ken? Das kann nur von Fall zu Fall entschieden werden. Wir müssen nicht warten, bis alle Kollegen eine Bilanz einwandfrei lesen können, sondern wir müssen unsere Kollegen aufklären, daß sie dort ansetzen, wo es im Augenblick nötig ist. Einige Allgemeinfragen für B.-Aufsichtsräte sind z. B. Finanzpolitik der öffentlichen Betriebe sowie die eventuellen Rücklagen. Dividenden sollten so wenig wie möglich ausgeschüttet werden. Ebenso muß in bezug auf die abzuführenden Mittel an die Stadtverwaltung ein gewisses Maß gehalten werden, damit die Betriebe nicht zu sehr auf kurzfristige Anleihen angewiesen sind, die sie hoch verzinsen müssen. Das Hauptaugenmerk muß auf die Einnahmen und die Tarife gerichtet werden. Vor allen Dingen müssen wir möglichst systematisch arbeiten. Der Deutsche Städtetag hat eine Gutachterstelle eingerichtet mit einem wirtschaftlichen Ausschuß, die wir in schwierigen Fällen sehr wohl zu Rate ziehen können.

Spiegel (Hamburg): Diese Tagung ist nicht nur wertvoll wegen der Vorträge, sondern auch wegen der interessanten Diskussion. Zu meiner Freude habe ich feststellen können, daß die Mitglieder des Verbandes der Gemeindegewerkschaften sich mit ihren sozialen Einrichtungen wohl fühlen. Ich möchte nur wünschen, daß auch der Gesamtverband in gleichem Sinne weiter arbeitet.

Lang (Mannheim) schildert örtliche Vorgänge.

Hartig (Berlin): In den öffentlichen Unternehmungen deckt sich das Interesse des Unternehmers mit den Betriebsinteressen. Oftmals fehlt leider das Verständnis der Verwaltung. Im Rheinland sieht man die Wirkungen des DINA. Da will man den Arbeitnehmer heranziehen, um ihm ein stärkeres Werksinteresse einzufloßen und „Werksgefinnung“ zu erzielen, während in öffentlichen Betrieben die B.-Aufsichtsratsmitglieder, wie wir gehört haben, manchmal ungenügend informiert werden. Wir sind bereit mitzuarbeiten und man will es nicht! Die steten Klagen unserer Kollegen in bezug auf das geringe Entgekommen der Direktoren in gemeinwirtschaftlichen Unternehmungen sind bekannt. Unser Einfluß ist noch zu gering. Wir müssen mehr politische Aktivität unter unsere Kollegen bringen und damit stärkeren Einfluß gewinnen im Parteiapparat.

Referent Heinig (Schlußwort): Die Diskussion hat mich interessiert nicht nur wegen der Fülle des Materials und des positiven Gehalts. Mein Thema bezog sich auf die wirtschaftlichen Probleme der öffentlichen Unternehmungen. Ich sollte nicht über die sozialen Aufgaben des Verbandes sprechen. Wir leiden ohnehin unter einer gewerkschaftlichen Selbstzufriedenheit. Wir sind in der Nachkriegszeit in eine fest begrenzte Bahn gedrängt worden. Daher hören wir mitunter nicht die Möglichkeit zu erwägen, daß es auch noch andere Wege gibt. Auch für die wirtschaftlichen Dinge gilt die Relativitätstheorie. Die Ausführungen über die notwendige Schulung der Betriebsräte sind durchaus richtig; aber jeder Betriebsrat muß sich auch selbst weiter bilden wollen, sonst nützt der schönste Trichter nichts. Mancher ist als B.-Aufsichtsrat gewählt, weil er ein treuer Interessenvertreter seiner Kollegen ist, nicht wegen seiner besonderen wirtschaftstechnischen Veranlagung für diese Dinge. Viele Betriebsräte erfüllen heute nur lohnpolitische Funktionen. Das ist ein Mangel. Denn diese Probleme sind Aufgaben der Gewerkschaften. Soll man nun den Regiebetrieb dem Gesellschaftsbetrieb (G. m. b. H.) vorziehen? Hier hat die Entwicklung die Antwort gegeben. Wir erleben immer mehr Umgestaltungen zur Gesellschaftsform. Manche Wirtschaftsbetriebe sind sogar durch unsere Anregungen aus dem Etat herausgenommen; denn der Betrieb wird durch den Etat zu oft gehindert und festgelegt. Das ist der Sinn der kameralkonformen Wirtschaftsführung. So wurde die privatkapitalistische Konstruktion der Aktiengesellschaft übernommen. Es bleibt der Unterschied: In der Privatwirtschaft wandelt sich der Ueberschuß in Dividenden und Gewinn, in gemischtwirtschaftlichen Betrieben der Gemeinden usw. wandelt sich der Ueberschuß in Zuschuß für die Stadtverwaltungen, für deren soziale Aufgaben aller Art. Nicht die Form entscheidet allein, sondern auch der Geist, der in der Betriebsleitung steckt. Redner verbreitet sich weiter über die Auswirkung der Ueberschüsse sowie über Direktorengehälter. Er verweist dabei auf die Spezialisten in Rußland, die gleichfalls enorm hohe Gehälter beziehen. Heinig begründet erneut seinen Standpunkt zu den sozialen Erzeugnissen. Im alten Staat, bis 1918, waren weite Volkskreise ohne jeden Einfluß. Seitdem ist das anders geworden. Das starke Selbstbewußtsein der Arbeiter im Betriebe ist gewachsen. Zehntausende, ja Hunderttausende sind auch im Staat emporgewachsen, deren Posten früher nur vom Bürgertum besetzt wurden. Die Arbeiterbewegung ist auf dem Wege, im Staat die herrschende Schicht zu werden. Diesen Weg müssen wir weiter fortschreiten.

Referent Flato (Schlußwort): Die Anregung, einen solchen Kreis von Aufsichtsräten öfter zu Konferenzen zusammenzuholen, ist durchaus dankenswert. Es könnten dann auch einige Spezialfragen, wie die Rationalisierung und ihre Auswirkung in diesem Kreis gründlicher verhandelt werden. Die B.-Aufsichtsräte stehen als vorgeschobener Posten im Sinne der Interessenvertretung der Arbeiter. Sie wollen vom Betrieb aus ein Stück in die Wirtschaft eindringen. Heute stoßen manchmal Betriebsratsmitglieder mit B.-Aufsichtsratsmitgliedern zusammen. Der einzelne hat eine Doppelfunktion, mit der er sich abfinden muß. Auch in Rußland gibt es Antreiber für die rationelle Wirtschaft und auf der anderen Seite Arbeitnehmer, die strikte ihre Interessen vertreten. Indessen ist der Aufgabenkreis der B.-Aufsichtsratsmitglieder in erster Linie wirtschaftlich. Der Ausgangspunkt für die Arbeitnehmer ist nach dem Gesetz von 1919 eigentlich nicht der Betrieb, sondern der berufliche oder industrielle Zusammenschluß in den Gewerkschaftsverbänden. Der Redner beantwortet dann eine Anzahl von Fragen, die in der Debatte gestellt wurden.

Vorsitzender Riedel erörtert die Notwendigkeit, stärkere Aufklärung und Schulung für die B.-Aufsichtsratsmitglieder zu schaffen sowie sonstige Anregungen, die aus der Debatte hervorgingen. Er verliest folgende einstimmig angenommene Entschließung:

„Die im Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter und im Deutschen Verkehrsbund organisierten Betriebsratsmitglieder in Aufsichtsräten öffentlicher Unternehmungen begrüßen die Einberufung dieser ersten Richtungskonferenz. Sie eruchen den Hauptvorstand des künftigen Gesamtverbandes, zu prüfen, wie eine systematische Schulung der Rätemitglieder in wirtschaftlichen Fragen durchgeführt werden kann. Soweit für eine solche Schulung Möglichkeiten vorhanden sind, ist es Pflicht aller Rätemitglieder, davon Gebrauch zu machen, weil eine fruchtbringende Betätigung innerhalb der Aufsichtsräte in erster Linie nur durch ausreichende Schulung in wirtschaftlichen Fragen möglich ist. Außerdem müssen jedoch auch die gesetzlichen Vorschriften so ausgelegt werden, daß sie nicht — wie bisher — geeignet sind, die Rätemitglieder in ihrer Betätigung zu hemmen und sie von wichtigen Funktionen gänzlich auszuschalten. Solange z. B. die Aufsichtsräte ihre Rätemitglieder bei wichtigen Angelegenheiten von der Mitarbeit dadurch ausschalten können, daß solche Angelegenheiten besonderen Ausschüssen übertragen werden, können aber Rätemitglieder beruht ferngehalten werden, kann von einer Gleichberechtigung aller Aufsichtsratsmitglieder und einer unbedingten Betätigungsmöglichkeit der Rätemitglieder keine Rede sein. Durch die Gesetzgebung muß ferner klargestellt werden, daß Gesellschaftsbetriebe, die sich ausschließlich oder überwiegend im Besitze der Gemeinden und Gemeindeverbände befinden, für das Arbeitsrecht als Gemeindebetriebe zu gelten haben, damit die für die Gemeindegewerkschaften geltenden gesetzlichen Vorschriften und tarifrechtlichen Bestimmungen ohne weiteres auch auf die Arbeitnehmer dieser gemeinwirtschaftlichen Gesellschaftsbetriebe Anwendung finden. Endlich wird erneut die Forderung erhoben, den in solchen Regiebetrieben beschäftigten Arbeitnehmern eine den Vertretern in Aufsichtsräten (§ 70 E. N. G.) entsprechende Vertretung in den Verwaltungsdeputationen, -ausschüssen und -kommissionen einzuräumen.“

Vorsitzender Orlopp (Schlußwort) dankt der Berliner Ortsverwaltung für die erwiesenen Aufmerksamkeiten. Es war vorauszusehen, daß, nachdem Genosse Heinig die Frage des Leistungslohns in die Debatte warf, unsere Kollegen dazu Stellung nehmen würden. Der Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter hat seit mehr als 30 Jahren die Frage des Soziallohns vertreten. Jahrzehnte haben wir unter den Löhnen der Privatindustrie gearbeitet. Heute können sich unsere Löhne durchaus mit diesen Löhnen messen. Dazu kommt unser Soziallohn, wie er im R. M. G. verankert ist. Daß hier Heinig den Nerv unserer Organisation getroffen hat, ist richtig. Die Diskussion hat aber bewiesen, daß alle Kollegen unsern Standpunkt des sozialen Arbeitsrechts in öffentlichen Unternehmungen vertreten. Es ist sehr wohl notwendig, daß sich die Mitglieder des B.-Aufsichtsrats der gewerkschaftlichen Forderungen annehmen. Es ist aber nicht Aufgabe der B.-Aufsichtsräte, Forderungen zu stellen. Das ist Aufgabe der Gewerkschaften. Heinig sprach auch vom weißen und grünen Verhandlungstisch. Manche Erzeugnisse kann man viel besser am weißen Tisch durchsetzen. Dazu gehört aber eine stark gefestigte Weltanschauung. Das Parkett ist manchmal fürchtbar glatt. Mancher ist schon gestrauchelt. Man soll nie vergessen, daß man freier Gewerkschafter, daß man Sozialdemokrat ist. Die politische Vertretung unseres Verbandes ist die Sozialdemokratie. Bezüglich der Frage Regie oder Aktiengesellschaft ist zu erklären, daß wir zwar nicht irgendeine Form unter allen Umständen ablehnen. Festzustellen bleibt aber, daß manche gut arbeitenden Regiebetriebe umgestellt werden sollen aus bestimmten persönlichen und anderen Gründen. Wir sind durch den Aufbau unserer neuen Großorganisation eine Macht geworden. Macht verpflichtet. Darum werbet und wirkt für die gesamte Arbeiterschaft!

E. D.

Weihnachten

Weihnachten — Notzeit — Wintersonnenwende

Mirgends im Laufe der Zeit tun sich die Gegensätze krasser und liebloser auf als in der Weihnachtszeit, wo man schenkt und wiederbeschenkt wird, sich freut, und wo doch viele auch wieder das bittere Gefühl nicht loswerden, du hast nichts mit denen gemein, die sich in der wohligen warmen Stube um den Lichterbaum drängen und alle ihre Wünsche erfüllt sehen. In satter Zufriedenheit singen sie von „Sel'ger Weihnachtszeit, freue dich, o Christenheit“, während es draußen stürmt und schneit, und scheu, hungernd und frierend sich mancher Mensch an den Häusern entlang drückt, nach einem Lager für die Nacht spähend.

Weihnachten! Es ist noch heute wie damals, als ich mich als Junge in den Dorweihnachtstagen frierend und mit verlangenden Augen stundenlang

zwischen all den Menschenmassen auf dem „Christkindels-Markt“ herumtrieb und staunend all die feilgebotenen Herrlichkeiten betrachtete. Ströme von Geld fließen in die Kassen der Verkäufer, und schwer bepackt mit dem Christbaum unterm Arm stapfen die Menschen heim. Hier werden Geschäfte gemacht — dort fühlst der Arme mehr denn je seine Unfreiheit. Unsere Mutter kaufte das kleine Bäumchen meist erst spät am Heiligabend, weil man es dann billiger bekam, und wenn dann die Leute von ihren „Ständen“ hinweg selbst nach Hause drängten, konnte man vielleicht auch damit rechnen, eine kleine Tanne geschenkt zu bekommen. Mit Papierbändern und einigen Kerzen geschmückt, weckte uns das „Weihnachtswunder“ auf, und wir Kinder waren nie so reich wie an dem Abend, wo uns alles viel schöner vorkam und Vater uns seine wenigen selbstgebastelten Spielzeuge übereignete. Es ist doch so wenig, was das Herz eines Kindes erfreut, und doch, wie vielen bleibt auch das versagt.

Weihnachten! Winter! Arbeitslos! In wie vielen Familien wird das Fest freudlos mit Kummer und Sorgen verlebt. Hunderttausende von Eltern rechnen mit Pfennigen, stellen dringende Anschaffungen zurück, und doch will es kaum für eine warme Stube und ein kärgliches Mahl reichen. Kinder sehen sich draußen die Augen müde an den lockenden Spielsachen, und Mütter gehen verbittert vorbei, weil sie ihren Kindern keine Freude bereiten können. Das sind Gedanken im Dezember, die bitter sind, aber doch leicht aufkommen, wenn wir das Heer der Arbeitslosen sehen, das auch in den kommenden Monaten noch anwächst. Der allveröhnende weihnachtliche Gedanke tritt in unserer Zeit immer mehr zurück. Weihnachten ist für den Fabrikanten ein Begriff des Verdienens, und je mehr es in den Auslagen gleißt und glitzert, desto größer sein Gewinn. Die aber, die in den vorangegangenen Monaten all die Herrlichkeiten schufen, können am wenigsten daran teilhaben. Spürbarer erkennt der Proletarier die Not in diesen Tagen.

Und das Geschehen, auf dem dieses „Fest des Schenkens“ sich aufbaut — was wissen wir noch davon? Es ist eine Geschichte, mit der das alles nichts mehr zu tun hat, und die sich auch heute noch hundertfach wiederholt. Eine Geschichte von so tiefer Tragik, daß sie satte Menschen nicht verstehen. Ein armes Weib zieht in der Not des Gebärens in dunkler Nacht von Haus zu Haus, ohne Hilfe, ohne ein Obdach zu finden. In einem Stalle, wo das Notwendigste fehlt, darf sie niederkommen. Es ist eine Geschichte von längst nicht mehr verstandener und erhabener Schönheit, daß in dieser Armut

und Weltverlassenheit unter einem großen, leuchtenden Sterne ein Heil des Geistes und der Menschenliebe geboren wurde. Was aber hat die christliche Kirche, die auf dieser Geschichte ihr größtes Fest aufbaut, noch gemein mit den vielen „Mühseligen und Beladenen“, für die das Kind geboren ward? Leer und inhaltslos ist die bürgerliche Kultur, uns aber gibt es die Hoffnung, daß ein neues Weihnachten entsteht, ein Weihnachten, das von dem Dunkel des Winters zum Licht emporführt und allen Menschen ein Wohlgefallen sein soll.

Weihnachten! Wintersonnenwende! Wir Menschen schreiten einer neuen Zeit entgegen, die uns unsere Wünsche erfüllen soll. Die kapitalistische Gesellschaftsordnung mit all ihren Einrichtungen beengt uns wie ein eiserner Reif und läßt uns nach Erlösung aus der Alltäglichkeit, die uns drückend beugt, schreien.

Mühsam tragen wir Stein um Stein zum Bau einer neuen Welt zusammen, dessen Ziel die klassenlose Gesellschaft ist, die weder Bedrückter noch Bedrückte kennt, die die Menschen sich frei ins Antlitz sehen läßt. Wir alle haben ein Recht auf die Sonne, wir wagen es, nach ihr zu greifen. Wintersonnenwende ist für uns das Fest der Zeitenwende, und die aufsteigende Sonne ist uns Symbol und Wegweiser einer neuen und besseren Zeit, für die wir nicht aufhören wollen zu kämpfen. — Die Erlösung der Menschheit ist kein himmlisches Drama und kein überirdischer Vorgang, sie vollzieht sich vielmehr in langem und schwerem Ringen in einem Zeitraum, der uns viel zu ausgedehnt erscheinen will. Der Aufstieg der Menschheit aus tierischem Sein in das Menschentum hinein ist diese langsame Erlösung, und sie kann nur durch ein Zusammen-

Wintersonnenwende — Menschheitswende

Wieder lohen auf die Flammen,
Die entfesseln einen Brand.
Purpurrote Feuerschlangen
Ziehen knisternd durch das Land.

Überall ist Holz geschichtet,
Mächtig ragt es in die Nacht.
Finsternis ist bald vernichtet,
Durch des Feuers Riesenmacht.

Flinke Burschen tragen Reisig
Aus dem dichten Wald herbei,
Immer schneller und auch emsig:
Sonnenwende Freude sei! —

Schon leuchtet vom Bergespitze
Ein heller Schein durch das Land,
Er war das Zeichen, alle Gipfel
Sind nun entfacht: lohe Brand!

Alle Burschen und die Mädels
Bilden einen großen Kranz.
Mächtig rauscht es durch die Gipfel:
Singt beim Sonnenwendetanz!

Tausende im Lande feiern
Diese Wende der Natur.
Burschen und auch Mädels springen
Durch die schneebedeckte Flur.

Denn nun wird die Zeit sich wenden.
Wieder wird im Sonnenstrahl
Diese Welt ein Neues werden;
Sonnenkraft mildert die Quall!

Sonnenwende — Zeitenwende:
Volk der Arbeit, nimm die Macht!
Sonnenwende — Menschenwende:
Arbeitsvolk, halte die Wacht!

Flammen lohen in den Herzen
Für den Geist der neuen Zeit,
Wie das Feuer auf den Bergen,
Das erleuchtet und befreit.

Mächt'ge Flammen sollen ziehen
Durch das öde Jammertal.
Freiheitsblumen sollen blühen
Leuchtendrot in Riesenzahl.

Menschen sollen freier werden,
Menschen sollen Brüder sein;
Sollen diese Welt bezwingen,
Die nur Elend gab und Pein.

Menschenwende! — Heil'ger Name,
Sei uns Ruf in dieser Zeit!
Mach uns frei vom Fluch der Erde!
Sonnenwende — Freiheitszeit! —

Kurt Busse

arbeiten aller gesunden Elemente der Menschheit, aller derer, die bewußt oder unbewußt dem sozialen Trieb in sich folgen, verwirklicht werden.

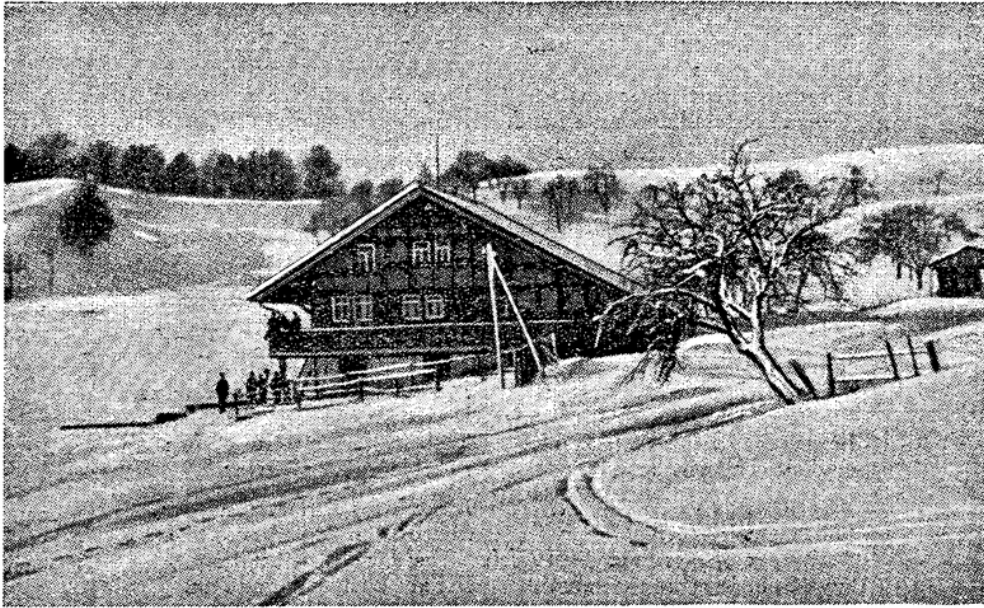
Der Kapitalismus ist auf dem Wege der Menschheitserlösung der Winter. Aber er muß durchgekämpft und durchgerungen werden. Der Sozialismus ist für die Menschheit der Frühling, dem wir mit der immer stärker werdenden Sonne entgegenstreben. Das aufrichtige, opferbereite und soziale Wollen in uns, der Wille zu Taten der Befreiung soll uns zum Menschentum, zum wahren Leben führen.

Die Wintersonnenwende wird selbst in unseren Reihen zur Wirklichkeit werden, muß den Erlöserwillen in uns als Sozialisten immer wieder aufs neue gebären. Der Glaube aber an den Dölkerrühling, an den Frühling der ganzen Menschheit, gibt uns den Mut, vereint und geschlossen auch in den Gewerkschaften dem Ziele zuzustreben, das uns in der Ferne winkt, die Freiheit aus den Fesseln des Kapitalismus, das Menschsein unter Menschen verbunden in brüderlicher Liebe. Das erreichen wir aber nur, wenn wir zuversichtlich auf uns selbst bauen. In uns drin liegt die Kraft des Vollendens, die gleich dem sieghaften Licht aufsteigt und die Nacht des Kapitalismus durchbricht. Das Dunkel in den Hütten muß weichen, Frieden muß einkehren, wenn jeder einzelne seine Mission erkennt, gleich dem Nazarener nicht aufzuhören zu wirken für die Freiheit, für das Recht aller Menschen, auf der Sonnenseite des Lebens zu wandeln. Laßt groß werden in uns den tatkräftigen Glauben an den Frühling, der uns vereint zu frohem Schreiten der Sonne entgegen. Das soll unser Weihnachten sein, unsere Sonnenwende.

E. F.

Kulturgeschichtliches vom Weihnachtsfest

Man ist gewöhnlich geneigt, Weihnachten als das Fest anzusehen, das so recht unseren klimatischen Verhältnissen und den deutschen Stimmungen in der Winterszeit entspricht. Es wird daher auch oft angenommen, das Weihnachtsfest müsse sofort im deutschen Volksleben eingeführt worden sein, nachdem die Deutschen das Christentum angenommen hatten. Dem ist jedoch nicht so. Zunächst ist ja das Weihnachtsfest von allen christlichen Hauptfesten erst am spätesten eingeführt worden. Erst in der zweiten Hälfte des 4. Jahrhunderts wurde es in Rom zum erstenmal gefeiert, und in vielen anderen christlichen Gemeinden außerhalb Roms war das Fest noch viel später bekannt geworden. Auch nachdem das Christentum in den nördlichen Teilen Europas allgemein durchgedrungen war, blieb das Weihnachtsfest in diesen Gegenden noch sehr unpopulär. Das war für Deutschland sehr natürlich. Die klimatischen Verhältnisse unter unseren Breitengraden, die nach Beginn des Winters für ein häusliches Fest zu sprechen scheinen, wirkten sich in Verbindung mit den ganzen wirtschaftlichen Zuständen der damaligen Zeit gerade gegen ein solches Fest aus. Als die Deutschen das Christentum annahmen, waren sie hauptsächlich noch ein Volk der Hirten. Das Vieh war im Sommer auf der Weide, und wenn der erste Schnee fiel, oft schon im Oktober, mußte es in den Stall gebracht werden. Da aber weder die Ställe noch das vorhandene Futter zum



Naturfreundehaus der Ortsgruppe Dillingen i. B.

Durchhalten der ganzen Herde ausreichten, außerdem, weil für den Winter Fleischvorräte notwendig waren, begann jedesmal im Herbst ein großes Schlachten, das zu einem allgemeinen Volksfest wurde. Dieses Herbstvolksfest dauerte oft eine Woche und noch länger, und es bestand kein Bedürfnis, im Dezember schon wieder ein allgemeines großes Volksfest zu feiern.

So blieb Weihnachten in Deutschland und auch in anderen nördlich gelegenen Ländern zunächst noch lange Zeit recht wenig volkstümlich. Welche Ausprägungen weihnachtlichen Festtreibens wir auch betrachten mögen, nur ganz wenige reichen bis in das Mittelalter hinein, die allermeisten Weihnachtsbräuche sind erst in der nachmittelalterlichen Zeit entstanden. Auch von den Weihnachtsliedern sind nur wenige auf das Mittelalter zurückzuführen. Die älteste Nachricht über das Auspflanzen eines Weihnachtsbaumes stammt aus Straßburg im Elsaß, und zwar aus dem Jahre 1605, fand jedoch bei den Geistlichen keine Zustimmung. Ein Pfarrer am Straßburger Münster äußerte über den Brauch: „Unter anderen Lappalien, so man die Weihnachtszeit oft mehr als mit Gottes Wort begeht, ist auch der Weihnachts- oder Tannenbaum, den man zu Hause aufrichtet, denselben mit Puppen und Zucker behängt und hiernach schütteln und abblümen läßt. Wo die Gewohnheit herkommt, weiß ich nicht.“ Ueberhaupt war der Weihnachtsbaum in vielen Gegenden noch lange Zeit bis ins 19. Jahrhundert hinein unbekannt. So war er auch in Berlin bis in die ersten Jahrzehnte des vergangenen Jahrhunderts noch nicht anzutreffen. In Berlin war zu Weihnachten das Aufstellen der Pyramide üblich, die noch bis in die siebziger und achtziger Jahre noch nicht verschwunden war. Selbst noch vor drei Jahrzehnten gab es Berliner Familien, die zu Weihnachten die alte Pyramide hervorholten, wenn einmal die Weihnachtsbäume zu knapp oder zu teuer geworden waren.

Auch die Weihnachtsbescherung läßt sich nur bis in das letzte Ende der mittelalterlichen Zeit zurückverfolgen, auch sie ist in der Hauptsache erst nach dieser Zeit aufgekommen. Waren die Geist-

lichen gegen viele Weihnachtsbräuche, weil sie darin nur eine „Abgötterei“, eine Nachahmung heidnischer Bräuche sahen, so waren die weltlichen Gewalten gegen die Weihnachtsbescherung, weil sie davon ein Armschenken der Bevölkerung befürchteten. Ungezählte Verordnungen von Fürsten und Stadtoberkeiten aus dem 16. bis zum 18. Jahrhundert verlangten immer wieder, daß zu Weihnachten nichts verschenkt werden dürfe. Von den vielen derartigen Verordnungen einer hochweisen Obrigkeit sei nur die vom Jahre 1661 aus Sachsen angeführt. In ihr heißt es: „Ferner aber denen Patken, im Geringsten kein Heiliger Christ, Neu-Jahr oder wie es sonst Nahmen haben mag, an Kleidung, Geld, Gescheide und andere Sachen nichts gegeben werden“. Wer dagegen verstieß, sollte die für damalige Zeiten außerordentlich hohe Strafe von fünf Talern bezahlen. Im 18. Jahrhundert scheint diese Verordnung in Sachsen nicht mehr bestanden zu haben, dafür enthielt jedoch die sächsische Gesindeordnung vom Jahre 1735 die Bestimmung,

wonach dem Gesinde bei Strafe kein Weihnachtsgeschenk gegeben werden dürfe. — Aber darüber hinaus gab es grundsätzliche Gegner des Weihnachtsfestes in jeder Form, und zwar besonders auch unter den Geistlichen. Eine Synode, die im Jahre 1618 in Dortrecht abgehalten wurde, sprach sich gegen die Abhaltung des Weihnachtsfestes aus. Sahen viele Geistliche diese Weihnachtsbräuche nur als altheidnische Bräuche an, so wollten die Puri-

taner Englands im Weihnachtsfest nur papistische Greuel erblicken. Um gegen diese papistischen Greuel zu protestieren, beschloß das englische Parlament im Jahre 1652 ausdrücklich, am 25. Dezember, dem sogenannten ersten Weihnachtsfeiertag, wie an jedem anderen Wochentag Beratungen abzuhalten. Aber auch auf dem europäischen Kontinent gab es um diese Zeit Feinde des Weihnachtsfestes. So war im 17. Jahrhundert das Abhalten von Weihnachtsfeiern in Genf verboten, weil es Götzendienerei sei, bei den Christen in Armenien ist der 25. Dezember noch heute ein gewöhnlicher Tag.

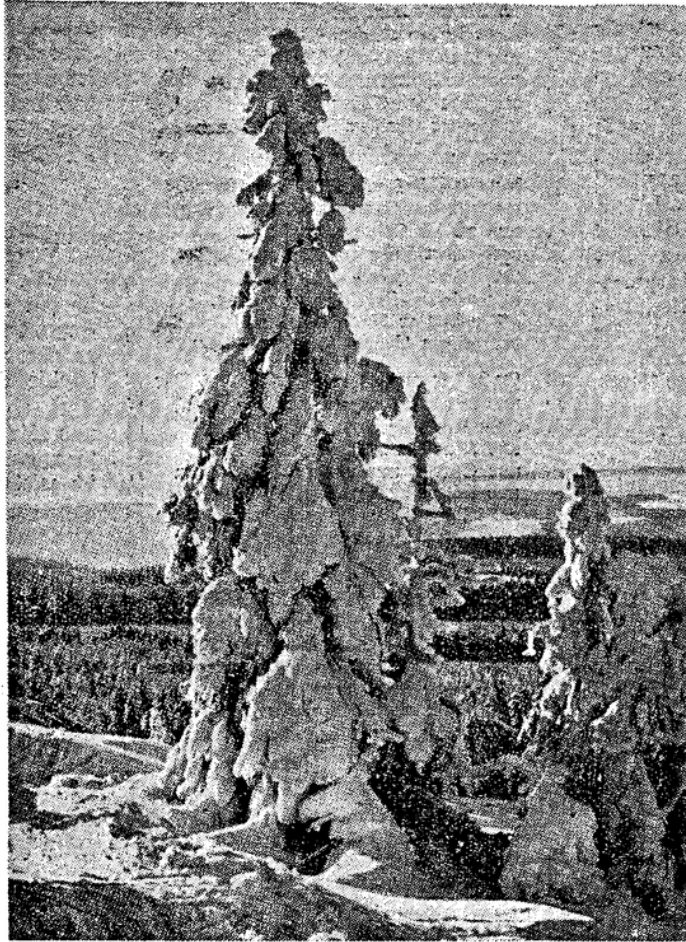
Wenn das Weihnachtsfest nicht recht volkstümlich werden konnte, so lag dies auch an der Kirche und an den weltlichen Gewalten. Besonders unter den früheren einfachen Verhältnissen, bei der ursprünglichen Naivität der Volksmassen, konnte sich der einfache Mann ein Fest nur denken, wenn dabei auch tüchtig getanzt und gesungen wurde, wenn dabei auch einmal eine gute Portion Ausgelassenheit gezeigt werden konnte. Um das Weihnachtsfest dem Volke näherzubringen, ließen die Kirchenoberen daher eine Zeitlang auch zu Weihnachten selbst in den Kirchen eine große Ausgelassenheit zu. Die Leute lachten und sprangen in den Kirchen herum, und so schien auch das Weihnachtsfest volkstümlich zu werden. Doch bald sprang der Wind in der Kirche um, und die Prediger mußten streng darauf sehen, daß sich die Kirchenbesucher hübsch ordentlich und frei von aller Fröhlichkeit betrugten. Erst in den Städten am Ausgang des Mittelalters und noch später gewann das Weihnachtsfest eine größere Volkstümlichkeit. Dabei taten sich auch die Zünfte der Handwerker hervor. Auch weltliche Verordnungen gegen die Ausgelassenheit der Kirchenbesucher lassen sich überall nachweisen, besonders in Berlin, wo oft junge Leute zu Weihnachten mit allerlei Vermummungen, mit Ziegenböcken und anderem Getier in den Kirchen erschienen und dort sowie auf den Straßen großen Unfug anstellten. Die häufige Wiederholung derartiger Verordnungen gerade in Berlin läßt darauf schließen, daß den Berlinern die Ausübung von losen Streichen nur schwer abzugewöhnen war.

A. M i c h e l, t. „Unser Weg“.

Spiele und Spielzeug

Keine Zeit im Laufe des Jahres ist so geeignet zum fleißigen Spielen und frohen Schaffen der Kinder als die langen Winterabende, an denen sich Eltern und Kinder auch räumlich und geistig besonders nahe kommen. Diese Stunden für alle zu recht glücklich zu machen, dazu wollen die kurzen Ausführungen mit anregen helfen.

Für die gedeihliche Entwicklung des Kindes ist Spielen genau so wichtig wie Essen und Trinken. Spielen aber darf nicht mit sinnloser Spielerei verwechselt werden, sondern das Kind muß mit Leib und Seele dabei sein. Meist will das Kind ungestört allein spielen; nur unüberwindliche Schwierigkeiten läßt es sich gern beheben. Ein dankbarer oder ein unwilliger Blick sagt dir genug. Zu beachten ist, daß ein Einzelkind ab und zu unter andere Kinder kommt, damit sich nicht Charaktereigenschaften entwickeln, die ihm im späteren Leben nur hinderlich werden. — Kann das Kind einfache Vorlagen nachbauen, so verhilfe ihm zum Sprung in die Selbstständigkeit durch eine Anregung: „Baue doch einmal drei Fenster in das Haus!“ Ist das Feuer der kindlichen Begeisterung entfacht, so ziehe dich wortlos zurück und spare dir unbedachte Bemerkungen. — Weißt du noch, liebe Mutter, wie unbeholfen einst die kleinen Händchen waren, als das Kind noch im Wagen saß und es nach der Gummipuppe griff? Welche Gelenkigkeit und Geschicklichkeit haben sich inzwischen die Hände und Arme erworben. Schon das Blicken der Kleinsten nach der Fliege ist Spielen. Erfassen und Verfolgen des sich bewegenden Gegenstandes bilden eine wichtige Vorstufe der Beobachtung. „Ueb' Aug' und Hand fürs Leben!“ — Schon diese einfachen, mehr körperlichen Funktionen lassen die außerordentliche Notwendigkeit des Spielens erkennen. Viel wichtiger aber ist diese für die geistige Entwicklung. Aufmerksamkeit und Wille kommen zu der Handgeschicklichkeit, wenn es gilt, den Kegel zu treffen. — Das Kind lebt sich beim Spiel in einen Phantasiekreis ein,



Sturmgesellen im Weihnachtsfrieden

und bei dieser Gelegenheit müssen die Eltern großes Verständnis zeigen. Manchmal ist es gut, mit kleinen Bemerkungen zu steuern oder anzuregen. Aber nur keine Gängelei! Diese erzeugt nur Schwäche und Feigheit. Manche Eltern werden bei ihren Kindern eine gewisse körperliche und geistige Trägheit feststellen, über die sie fast untröstlich sind. Hier können die Eltern durch sorgfältigste Auswahl der Spielsachen alles beheben. Auf teure Spielsachen kommt es dabei nicht an, die können oft mehr Schaden als Nutzen anrichten. Die geistige Trägheit kann bereits eine Folge der Uebersättigung sein. Nicht die Kostbarkeit und nicht die Menge des Spielzeuges ist entscheidend; nein, auf die Geeignetheit kommt es an. Was nützt die größte Nummer eines Steinbaukastens, wenn er nicht benutzt werden darf, weil sein Einräumen einen ganzen, kostbaren Sonntagvormittag in Anspruch nimmt? Was nützt dem Mädchen die kostbare Puppe mit Seidenkleid und Lockenpracht, wenn sie nur zu Weihnachten aus der Lade hervorgewühlt wird, um die Zeit bis zum Neujahr im dickereisten Fenster Parade stehen zu müssen? Nur ein Schaustück, aber kein Spielzeug! — Quäle nicht das Kind, mit dem unmöglichen Pferdestall spielen zu müssen. Laß ihm den Wecker, dem es seine Geheimnisse entlocken will, wenn du sicher bist, daß das zerstörte Kapital einst Zinsen bringen wird.

Geht man vor Weihnachten durch die Großstadtstraßen, so stimmt man gern in den Jubel der frohen Kleinen mit ein, wenn diese die festlich geschmückten Schaufenster bestaunen. Die Schau-

fenster sind kaufmännisch geschickt hergerichtet, aber für das Wünschen der Kinder ist dieser Zeitpunkt nicht der geeignetste. So leicht darf man sich die Wahl der Geschenke nicht denken. Laß das Kind zu Hause in aller Stille wünschen, beobachte es beim Spielen mit anderen Kindern, wenn du Anhaltspunkte haben willst. Prüfe, ob das Gefallen an Spielsachen tief oder nur oberflächlich ist. Entspricht es nach Anlage oder Fähigkeit? Entwickelt es freies Gestalten oder verachtet es dieses oder jenes Spielzeug wegen zu großer Einfachheit? — Das ist das rechte Spielzeug, das das Kind der Mutter oder dem Vater aus den Händen reißt und sich damit zurückzieht. Das Kleinkind kann 20, das größere 50 Bauusteine übersehen. Schenke ihm zum Baukasten ein Mosaikspiel mit quadratischen und dreie-

ckigen Körpern. Aber habe beim Kauf das Zentimetermaß in den Händen und achte darauf, daß die Maße haarscharf übereinstimmen. Das gibt eine Freude, wenn in das kleine Haus ein Fußboden mit Muster gelegt werden kann und die Dreiecke ein richtiges schräges Dach bilden helfen! Zu den immerhin hoch im Preise stehenden Qualitätsbauklößern kann man sich von einem benachbarten Handwerker für wenig Geld noch einfache, längere Holzklöße schneiden und mit der Hobelmaschine auf die gleichen Seitenmaße abgleichen lassen. — Man hüte sich aber auch vor wertlosem Kram, der nur zertreten und unbrauchbar herumliegt, bis er endlich weggeworfen wird. Und auf der anderen Seite: Hat die Uhrwerk- oder elektrische Eisentahn ihren Zweck erfüllt, wenn sie vor- und rückwärts, die rechte Schleife und den linken Bogen fahren kann? Oder die Puppenstube mit elektrischen Schaltern? Milde gesagt: es sind nur abwechslungsreiche Spielereien, an denen sich zudem meist die Eltern beteiligen müssen. — Für den Knaben ist das Bauen und Malen, die geistvolle Handbetätigung das zur Notwendigkeit gemordene Spiel. Laße ihn Eisenträger zusammenschrauben, an denen sich Räder drehen. Gib

ihm schon vom dritten Jahre an durchbohrte Holzklößer und Platten in die Hand, die mit Holzstäbchen zusammengesteckt werden, und du wirst bald mit dem ersten, selbstgebauten Automobil beglückt werden. Wenn es dieses Modell auch nie gegeben hat, so dreht es sich doch und fährt vielleicht auch. Sei du aber vorsichtig mit deiner gar zu schnellen Kritik. Liebe lieber als tadel.

Wenn du die unbedingt notwendigen Gelkreiden kaufst, so wähle die beste Sorte in Hohlfassung. Du brauchst dann nicht erst mehrere Schachteln billigen Kram zu kaufen, und du hast gleich eine Auswahl, die in bezug auf die Farben den Geschmack und den Sinn für Farbenfreudigkeit ergötzen helfen. — Das Spielen des Mädchens ist mehr phantasievoll und immer innerlich gerichtet. Die Puppe war schon bei den ältesten Völkern beliebtestes Spielzeug. Aber gib die Puppe dem Kinde in die Hand. (Siehe oben!) Das Mädchen hat beim Spielen mit der Puppe reichste Gelegenheit zur gemütvollen Betätigung. Es kann seiner ganzen kindlichen Zärtlichkeit und Phantasie freien Lauf lassen. Hat die Puppe ein Bein verloren, so näht es die Mutter wieder an. Ist Großreinemachen nötig, so helfen Mutter und Kind gemeinsam. Das ist wertvoller als eine neue Puppe. Wie oft kann man beobachten, daß das Mädchen der neuen Puppe viel kühler gegenübersteht als der alten, mit der es durch manches gefühlsbetonte Erlebnis innerlich verwachsen ist. Die Zeit kommt von selbst, da sich das Mädchen stolz von der Puppe abwendet. Dann ist es mit dem Spielen vorbei.

A. Stier, Weißbach, i. „Chemnitzer Volksstimme“.

Die Weihnachtskrankheit

Wir beneiden jene Menschen nicht, die stets in Sorge sind, daß die Bäume nicht in den Himmel wachsen, teilen nicht die trübe Lebensauffassung jener zaghaften Gemüter, die hinter jedem Glück auch gleich ein Unglück wittern. Aber etwas Wahres ist daran, wenn der Volksmund sagt: „Wo Licht ist, ist auch Schatten“, und manchmal tut man gut, sich dieser Worte zu erinnern.

Auch der lichterhelle Weihnachtsbaum kann seinen Schatten werfen. Davon weiß der Arzt ein eigenes Weihnachtslied zu singen. Seine Festtage sind nicht immer Ruhetage, die großen und die kleinen Patienten suchen ihn oft beim schönsten Feiern mit ihren Sorgen auf und verlangen seine Hilfe. Denn es gibt nicht nur Festtagsfreuden — es gibt auch Festtagsleiden! Und die wollen auch kuriert sein. Der „verdorbene Magen“ ist so eine echte Weihnachtskrankheit. Die Versuchung ist ja auch zu groß, es gibt soviel des Guten! Da sind die Pfefferkuchen mit und ohne Zuckerguß und all das andere Naschwerk, Selbstgebäckenes, Misse, Obst und Marzipan! Und wer es sich leisten kann, der bringt auch eine fetter Bratgans auf den Tisch, die auch nicht nur zum Ansehen dasteht! Und all das wird — leider — auch „heruntergespült“ mit Bier, Eiskaffee und Kaffee, womöglich noch mit Wein und Punsch! Da kann ein Magen, selbst wenn er von Natur aus noch so friedfertig ist, leicht revoltieren. Und dann ist es aus mit all der Freude. Ein Gefühl der Fülle, ein Druck im Leib — das sind die mildesten Anzeichen dafür, daß der Magen bereits böse Miene zum guten Spiel macht, daß er „verstimmt“ ist. Oft kann da noch ein energisches Fast, eine Nahrungspause das „Uebel“ abwenden, meist ist es aber schon zu spät dazu: schwungvoll entledigt sich der beleidigte Magen durch den Brechakt seiner unlieblichen Bürde. Doch damit nicht genug: in inniger Geschäftsverbindung mit dem Magen steht der Darm, der auf das Mißgeschick des Sozias gleichfalls heftig reagieren kann! Im Grunde handelt es sich beim Erbrechen wie beim Durchfall ja bereits um Heilungsvorgänge, aber solche „Sanierungsmaßnahmen“ sind im Augenblick doch wenig erquicklich. Daß Kinder häufiger als Erwachsene zu den Leidtragenden gehören, ist erklärlich: ihr Organismus ist zarter, dem Ansturm weniger gewachsen, und dabei fehlt ihnen angeichts der seltenen Genüsse oft in hohem Grade das Gefühl für das rechte Maß. Darum, ihr Großen: „Gebt acht auf eure Kinder, laßt die Kleinen nicht zu lange allein mit ihrem „bunten Teller!“ Das kann mitunter böse Folgen haben, die noch lange an das Weihnachtsfest in wenig angenehmer Weise denken lassen. — Ihr habt auch sonst allen Grund, mehr denn je im Rausch des Festes auf eure Kleinen zu achten, ihr Großen! Ihr wißt: das Kleinkind ist unbeholfen in seinen Bewegungen, ihm geht noch jede Erfahrung ab, was es mit „Ursache und Wirkung“ für eine Bewandnis hat, was eine ungeschickte Bewegung für Unglücksfälle nach sich ziehen kann. Ein gar nicht böswilliger Zug am Tisch Tuch, alles kommt ins Wanken, und — da habt ihr die „Bescherung!“ Der Baum kippt um! Ueber das Kind hinweg! Die Gardine, die Kleider fangen Feuer! Und solch ein Zwischenfall geht nicht immer harmlos ab. Oft hat der Arzt genug zu tun, mit Salben und Verbänden die Schäden zu kurieren. Doch um die Feststimmung ist es geschehen. — Gebt acht auf das Kind, wenn es noch nicht sicher auf zwei Beinen geht; es hat die neue Blechtrompete in den Mund gesteckt und setzt sich unter ihren Klängen in Bewegung. Wehe, wenn es fällt und sich beim Fallen die Trompete in den Rachen stößt. Das kann böse Verletzungen im Gefolge haben, die das Kind unter Umständen vom Weihnachts-

tisch zum Operationstisch führen. Dann hat der Weihnachtsbaum noch eine eigene Tücke, die die Festtagsfreude gar nicht selten sehr empfindlich stören kann: ein Zweig kann — besonders wenn man ungeschickt beim Schmücken und beim Plündern ist — mit einer spitzen Nadel in das Auge schlagen. Das kann, wenn es das Unglück will, zu einer Verletzung der Hornhaut führen, die äußerst schmerzhaft und nicht ungefährlich für das Auge ist. Schnell einen kühlen Verband um das Auge! Das Auge möglichst ruhig halten — nicht mit der Hand daran rühren —, jede Bewegung, jeder Lidschlag bringt erneuten Schmerz — und möglichst rasch zum Arzt! Der wird ein schmerzlinderndes Mittel geben und dafür Sorge tragen, daß eine Infektion vermieden wird. — Wir wollen durch unsere Schwarzseherei nicht „den Teufel an die Wand malen“ — nein, im Gegenteil: ihn gleichsam „durch Beelzebub austreiben“, indem wir vor ihm warnen. Unser aufrichtiger Weihnachtswunsch ist: Viel Licht und — keinen Schatten!
Dr. B. Münzer in „Gesundheit“.

Weihnacht

Wenn in der heiligen Christennacht im Kerzenschmud die Tanne steht, wenn in den Kirchen tönt Gesang und lautes Lob- und Dankgebet, wenn in Palast und Bürgerhaus die Liebe ihre Gaben häuft, und unter Christen frommer Mund von süßen Worten überläuft,

dann treibt es mich ins Land hinaus, wo wild der Sturm die Felser regt, und wo die Stimme der Natur noch unerschrocken ans Ohr mit schlägt. Da richtet sich empor der Blick in menschlich-kindlichem Vertrauen, als mühte er die Herrlichkeit der heiligen Weihnacht selber schauen.

Doch, wie auch sehnd lauscht d's Ohr und wie verlangend schweift der Blick: kein Engelzug, kein Schärenklang und keine himmlische Musik, nur Sturm, nur rauher Wintersturm und kalter sturmspeißiger Schnee, als sei die Liebe, die man preist, begraben ganz von bitterem Weh.

Horch, horch, da aus dem rauhen Nord Klingt's wie ein gekler, banger Schrei, Klingt's wie ein Nöckeln, dumpf und schwer durch diese öde Wäpenei, und aus dem weißen Schneegewand erhebt sich das Gepeck der Not, und aus dem wilden Wintersturm erklingt der Armen Schrei nach Brot.

Und plötzlich vor dem starren Blick dehnt sich das Elend riesengroß, und aus der hungerbleichen Schär ringt sich des Wort nur: Arbeitslos! — Ja, arbeitslos! Das ist das Graun, das ist der Fluß der Gegenwart, das ist das Schicksal, dessen Droph'n dem Proletar das Blut erstarrt.

Vor diesem Bild verblaßt, verstummt, was man von Liebe schmelmend spricht: Solang ein Bruder hungern muß, herrscht in der Welt die Liebe nicht! Solange nicht von Not und Leid die Menschheit ledig ist und frei, gibt's keine Weihnacht, keine Freud'. Ein Trugbild ist's und Henschel.

Hans Erhardt

Entzauberter Nikolaus

Als ich ein kleines Mädchen war, habe ich fest an den Nikolaus geglaubt. Eines Tages begann ich zu zweifeln, aber da stand er abends hinterm Fenster, das auf die dunkle Veranda ging, hatte einen weißen Bart, ein blaßes Gesicht, einen roten Rock und „Knöpfe wie Korinthen dran“. Genau so, wie wir es gesungen hatten. Da glaubte ich wieder. — Wenn ich heute ein kleines Mädchen wäre, dann wäre ich wahrscheinlich moderner. Und wenn ich doch noch ein Fünkchen Glauben an ihn hätte undginge heute durch die Stadt, so würde mein Glaube restlos erschüttert werden. — Die Zeiten haben sich geändert. Heute sieht man Nikolausgesichter zur gefälligen Auswahl in vielen Läden; da liegen sie stapelweise aufeinander, nach Größen geordnet, oder hängen nebeneinander in einer Reihe, rosa-rot, mit gemütlicher Stupsnase oder seriösem, römischem Profil, mit schmalen oder üppigen Lippen. — Alles wird uns heute leichter gemacht, auch die Desillusion. Was mancher als neue Sachlichkeit auffaßt. — Ein paar Engel Flügel früher — —! Eine Karität, über die noch lange nicht jeder Theaterverein verfügte und die er höchstens an Honorationen gegen sichere Bürgschaft verleiht. Heute spielen die Kinder damit, wenn die Verkäuferin gerade nicht hinsieht, befühlen das Glikern und den Bart des Nikolaus, besehen sich die Kehrseite und lächeln triumphierend. Und rennen in die Badeanstalt oder auf den Sportplatz, um für ihre 100 Meter eine bessere Zeit herauszuholen oder einen neuen Kürsprung auszuprobieren. — Desillusion!

Das Leben steht nicht still; aber es braucht deshalb an Freude nicht ärmer zu werden. Herr Nikolaus, Sie werden bald umlernen müssen!

Braun-Stratmann in der „Königsb. Volksztg.“

Ein Gebet

Heut morgen hab' ich ein Gebet vernommen, Wie noch kein bess'res mir ans Ohr gekommen. Es sprach's ein Weib, den Knaben an der Hand, Die mühsam sich durchs Marktgetümmel wand. Der Knabe sah die Weihnachtsherrlichkeiten Und ließ begehrlig seine Blicke gleiten, Sie sprach und schaute freudig auf das Kind: „Gib, Gott, nur Kraft, daß ich mich tüchtig schind!“
A. L. E. r.

Die Ergebnisse der Provinziallandtagswahlen und ihre Bedeutung

Die Provinziallandtagswahlen, die in diesem Jahre zusammen mit den Wahlen zu den Stadtparlamenten und Kreistagen stattfanden, werden bei der Betrachtung der Wahlergebnisse meist vernachlässigt. Das Interesse der Allgemeinheit wendet sich in viel höherem Maße den Wahlen in den Städten und Gemeinden zu. Diese Erscheinung erklärt sich daraus, daß die Tätigkeit der Provinzialverwaltungen nicht so sehr in der Öffentlichkeit Beachtung findet wie die des Reiches, der Länder und der engeren Kommunalverbände. Die Beteiligung an den Provinziallandtagswahlen im Jahre 1925, die nicht mit den anderen Kommunalwahlen verbunden waren, war dementsprechend auch sehr gering. Aber dieses geringe Interesse, das man gemeinhin den Angelegenheiten der Provinzen entgegenbringt, entspricht keineswegs ihrer wahren Bedeutung. Die Aufgaben, deren Erledigung den Provinzen obliegt, sind für die Allgemeinheit und für den einzelnen in Stadt und Land nicht weniger wichtig als die der engeren Kommunalverbände und Städte.

Der Aufgabenkreis der Provinzen ist umfassend und vielseitig. Er betrifft weniger „politische“ Angelegenheiten im engeren Sinne, sondern vornehmlich solche der allgemeinen Wohlfahrtspflege, des Verkehrswesens und der Kultur- und Wirtschaftspflege. Es sind meist solche Aufgaben, die über den Rahmen der einzelnen Gemeinde oder eines Kreises hinausgreifen, sei es, weil diese dafür zu schwach sind oder weil eine einheitliche Regelung und Leitung einer bestimmten Angelegenheit über größere Gebiete hinweg erforderlich ist, wie es umgekehrt ja auch viele Dinge gibt, die wieder nur von den Städten oder engeren Kommunalverbänden erledigt werden können.

Als ausführende Organe des Staates sind die Provinzen mit der Verwaltung der Fürsorgeerziehung beauftragt. Die Bedeutung dieses Zweiges provinzieller Arbeit ergibt sich daraus, daß der Gesamtbestand an Fürsorgezöglingen in Preußen über 50 000 beträgt. Außerdem haben die Provinzen als Landesfürsorgeverbände umfassendste Aufgaben auf dem Gebiete der allgemeinen Wohlfahrtspflege, zu deren Erfüllung zahlreiche Anstalten für Bewahrung, Kur und Pflege der Heilbedürftigen dienen. Von großer Bedeutung für die Massen der Bevölkerung sind auch die von den Provinzen unterhaltenen großzügigen Entbindungsanstalten und Frauenkliniken.

Unter den Aufgaben, die die Provinzen selbständig als eigene Angelegenheiten verwalten, steht im Vordergrund das Verkehrswesen, vor allem die Unterhaltung und Anlage der großen durchgehenden Provinzialstraßen. Als Preußen im Jahre 1875 seine Staatsstraßen den Provinzen als Selbstverwaltungsangelegenheit übertrug, waren es 20 500 Kilometer. Heute sind es rund 35 000 Kilometer. Diese Erhöhung erklärt sich weniger aus Neubauten als größtenteils aus der Übernahme von Gemeinde- und Kreisstraßen in provinzielle Verwaltung. Ein Vorgang, der auch in England augenblicklich eine große Rolle spielt. Infolge des sich von Jahr zu Jahr steigenden Kraftwagenverkehrs sehen sich die Provinzen vor immer neue verkehrspolitische Probleme gestellt. Da wir erst noch am Beginn der Motorisierung stehen wird das preußische Straßennetz dieser Entwicklung angepaßt werden müssen. Aber obgleich heute schon der Verkehrsetat neben den Ausgaben für soziale Zwecke den Hauptteil des Provinzialhaushaltes ausmacht, sind die Mittel für einen wirklich großzügigen Ausbau des Straßennetzes völlig unzureichend. Eine Studienkommission, die zur Prüfung dieser Frage unter Beteiligung der Provinzen eingesetzt worden war und die in diesen Tagen ihr Gutachten veröffentlichte, beziffert den Gesamtbedarf zum Ausbau eines Straßennetzes, der den heutigen und zukünftigen Anforderungen modernen Verkehrs gerecht werden könnte, auf rund 1 Milliarde Mark. Selbstverständlich ist bei der allgemeinen Finanzmiserie wohl noch auf lange hinaus eine Derwirklichung derartiger Pläne unmöglich. Auch am Kleinsten sind die Provinzen durch Beteiligung an 132 Kleinbahngesellschaften mit einer Betriebslänge von 4500 Kilometer interessiert, ebenso am Ausbau der Kraftverkehrslinien. Nicht minder wichtig wie die verkehrspolitischen Aufgaben sind die Fragen der Beteiligung der Provinzen in der Elektrizitätswirtschaft und Gasfernversorgung. Die hier zu lösenden Probleme sind für die Gemeinwirtschaft von allergrößter Bedeutung und Tragweite. Fast 100 Millionen Mark haben die preußischen Provinzen in rund 30 Elektrizitätswirtschaftlichen Unternehmungen investiert. Der Bau von Talsperren zur Erzeugung von elektrischer Kraft liegt den Provinzen ob. Durch die Talsperren wird gleichzeitig durch Ueberschwemmungen gefähr-

deten Gebieten Schutz vor Hochwasser geschaffen und damit die Bodenkultur gefördert. Bei der Lösung der die Gasfernversorgung betreffenden Probleme sind die Provinzen, vor allen Dingen Westfalen, Rheinland und Sachsen, stark beteiligt. Sie haben vor allem die Interessen der Allgemeinheit gegenüber den rein privatkapitalistischen Bestrebungen zu wahren. Als Inhaber der Provinzialstraßen, die zur Legung der Ferngasleitungen herangezogen werden müssen, haben sie einen gewissen regulierenden Einfluß.

Zur Durchführung dieser zahlreichen und umfassenden Aufgaben beschäftigt die Provinz neben den für die politische Verwaltung erforderlichen Beamten und Angestellten zahlreiche technische Beamte, Straßenmeister, Aufseher und Arbeiter; in den Anstalten Aerzte, Lehrer, Erzieher, Pfleger, Jugendleiter, Schwestern, Handwerker der verschiedensten Berufe und sonstiges Arbeitspersonal. So gehören die Provinzen zu den bedeutendsten öffentlichen Arbeitgebern.

Neben diesen wirtschaftlichen und sozialen Aufgaben sind den Provinzen in der Nachkriegszeit nicht unerhebliche staatsrechtliche und staatspolitische Funktionen zugewiesen worden. Man ging dabei von dem Gedanken aus, den Provinzen und ihrer Bevölkerung sowohl auf die Reichsgesetzgebung wie auf die Landesgesetzgebung einen gewissen Einfluß zu geben. Von den 26 Vertretern, die Preußen im Reichsrat zusteht, werden 13 von den Provinzen gestellt. Während die 13 Regierungsvertreter an die Instruktionen der Regierung gebunden sind und ihre Stimmen nur einheitlich abgeben können, sind die 13 Provinzialvertreter an keinerlei Instruktionen gebunden und in der Abstimmung völlig frei. Diese Bestimmung hat dazu geführt, daß bei wichtigen Entscheidungen im Reichsrat Provinzialvertreter gegen die preußische Regierung gestimmt und dadurch deren Einfluß unter jedes erträgliche Maß herabgedrückt haben. Da die Reichsratsbevollmächtigten der Provinzen vom Provinzialauschuß (der seinerseits vom Provinziallandtag gewählt wird) ernannt werden, ist also die Zusammensetzung des Provinziallandtages von entscheidendem Einfluß auf die Ernennung des Provinzialvertreters im Reichsrat.

Provinz	Die Sozialdemokratie erhielt Stimmen bei den					
	Provinziallandtagswahlen im Nov. 1925		Provinziallandtagswahlen 17. Nov. 1929		Preußischen Landtagswahlen 20. Mai 1928	
	in Tausend	in Prozent aller abgegebenen Stimm.	in Tausend	in Prozent aller abgegebenen Stimm.	in Tausend	in Prozent aller abgegebenen Stimm.
Ostpreußen	171	24,8	238	26,1	266	26,8
Brandenburg	297	32,4	444	34,9	473	35,2
Pommern	156	26,2	258	30,5	270	30,2
Ostmark	18	14,1	28	17,7	31	18,7
Niederschlesien	408	36,0	528	35,1	592	37,8
Ober- u. Niederschlesien	34	8,5	65	12,1	70	12,5
Sachsen	374	29,7	517	32,1	547	32,4
Schleswig-Holstein	147	32,7	229	33,1	267	35,2
Hannover	364	32,9	520	34,3	571	36,2
Westfalen	331	22,8	471	22,4	509	26,2
Rheinland	252	14,1	446	14,3	592	17,5
Reg.-Bez. Wiesbaden	94	30,6	168	26,2	192	30,2
Reg.-Bez. Kassel	115	33,1	176	32,8	185	35,6

Tabelle 1.

Auch auf die Gestaltung der preußischen Gesetzgebung haben die Provinzen einen nicht unwesentlichen Einfluß. Als Organ zur Vertretung der Provinzen ist der Staatsrat in Preußen geschaffen, der besonders bei der Etatgestaltung starke Rechte geltend machen kann.

Aus diesen Darlegungen geht also hervor, daß die Stellung der Provinzen im Staatsorganismus von nicht zu unterschätzender Bedeutung ist. Wenden wir uns nunmehr den Ergebnissen der stattgefundenen Provinziallandtagswahlen zu, so kann man feststellen, daß sie im allgemeinen das Ergebnis der Wahlen in den Städten bestätigen. Während aber bei den Städten die mannigfachen Verschiedenheiten und Verworrenheiten die Herausarbeitung einer einheitlichen Entwicklungslinie fast unmöglich machten, ist dies bei den Provinziallandtagswahlen viel eher möglich. Zum Vergleich müssen sowohl die letzten Provinziallandtagswahlen vom November 1925 wie auch die preußischen Landtagswahlen vom Mai 1928 herangezogen werden. Wie aus unserer Aufstellung (Tabelle 1) ersichtlich ist, hat die Sozialdemokratie gegenüber den Wahlen von 1925 in fast allen Provinzen zugenommen, außer in Niederschlesien, Westfalen und Hessen-Nassau (Regierungsbezirke Kassel und Wiesbaden). Gegenüber den preußischen Landtagswahlen vom Mai 1928 jedoch kann man umgekehrt einen, wenn auch nicht erheblichen Rückgang des Anteils der sozialdemokratischen Stimmen

Verteilung der Mandate in den Provinziallandtagen								
Provinz	Mandat- insgef.	Es entfallen Mandate auf:						
		SPD	Zen- trum	De- mokr.	KPD	at- Soz.	übrig Part.	
Ostpreußen	87	1929	23	7	3	8	4	42
		1925	22	6	3	6	4	46
Brandenburg	97	1929	34	—	4	9	6	44
		1925	32	2	4	9	3	47
Pommern	75	1929	24	—	3	5	3	40
		1925	20	—	3	4	—	48
Grenzmark	30	1929	6	9	—	—	—	15
		1925	5	9	—	—	—	14
Niederschlesien	111	1929	39	16	5	5	6	40
		1925	41	17	5	4	1	42
Oberschlesien	54	1929	7	23	—	5	—	19
		1925	5	26	—	5	—	18
Sachsen	113	1929	37	5	5	16	7	43
		1925	34	4	5	18	—	52
Schleswig-Holstein	58	1929	20	—	3	5	7	23
		1925	19	—	4	5	—	30
Hannover	111	1929	39	10	4	4	8	46
		1925	37	11	5	5	1	46
Westfalen	138	1929	31	45	4	13	4	41
		1925	32	50	5	14	—	37
Rheinprovinz	163	1929	25	64	4	21	6	43
		1925	23	72	4	21	—	43
Hessen-Nassau	95	1929	29	19	7	8	7	25
		1925	31	16	5	7	—	33
Zusammen	1131	1929	314	198	42	99	58	429
		1925	301	213	43	93	11	465
Zu- oder Abnahme			13	-15	-1	+1	+47	-45

Tabelle 2.

feststellen. Bemerkenswert ist, daß die östlichen Gebiete viel besser abgeschnitten haben als die Provinzen des Westens. So ist die Provinz Pommern, die die stärkste Beteiligung beim Hugenberg-Begehren aufwies, die einzige, in der der Anteil der sozialdemokratischen Stimmen nicht nur gegenüber den Provinziallandtagswahlen von 1925 sondern auch gegenüber den preußischen Landtagswahlen von 1928 gestiegen ist. Am auffallendsten ist der

Rückschlag im Vergleich zu den Landtagswahlen in Westfalen, Rheinland und Hessen-Nassau.

Aus diesen Feststellungen muß man zumindest die eine Schlussfolgerung ziehen, daß der Aufstieg der Sozialdemokratie, der in den großen Erfolgen der Reichstags- und Landtagswahlen des Jahres 1928 zum Ausdruck kam, sich in den letzten einundneunzig Jahren nicht mehr fortgesetzt hat. Da die alten Provinziallandtage noch aus dem Jahre 1925 stammten, besagt es nichts gegen diese Feststellung, wenn als Ergebnis der Provinziallandtagswahlen eine Steigerung der sozialdemokratischen Mandate von insgesamt 301 auf 314 zu verzeichnen ist. Die Verteilung der Mandate in den einzelnen Provinzen auf die einzelnen Parteien geht aus der Tabelle 2 hervor. In der Spalte „übrige Parteien“ sind sämtliche bürgerlichen Parteien außer den einzeln aufgeführten zusammengefaßt. Denn innerhalb dieser Parteilgruppen und Parteispalter sind soviel Änderungen und Verschiebungen vorgekommen, daß ein auch nur einigermaßen richtiger Vergleich nicht ohne weiteres vorgenommen werden kann. Auch bei den Provinziallandtagswahlen zeigte sich die immer mehr fortschreitende Zersplitterung des Bürgertums, standen doch den beiden geschlossenen proletarischen Listen oftmals 20 bis 25 bürgerliche gegenüber. Hitler frist Hugenberg! Einem Verlust von 40 deutsch-nationalen Mandaten steht ein nationalsozialistischer Gewinn von 47 Mandaten gegenüber. Gewiß kein Zeichen dafür, daß die Einsicht in die tatsächlichen Notwendigkeiten gemeinnütziger Arbeit beim Bürgertum, Fortschritte gemacht hätte.

Um so mehr noch muß diese Einsicht bei den werktätigen Massen geweckt und gefördert werden. Jede Möglichkeit, die uns die Demokratie bietet, mag es in Reich oder Land, Stadt, Kreis oder Provinz sein, muß bis zum letzten ausgenützt werden, um Männer aus dem Volke an die Stellen zu bringen, wo sie für das Volk wirken können. Die vielen Tausende von Arbeitern, die im Dienste der Provinzialverwaltungen stehen, sind in erster Linie mit dazu berufen, dafür Sorge zu tragen, daß auch die Provinzialverwaltungen vom Geiste sozialer Demokratie erfüllt werden. R. R.

Revision oder Kündigung des TAR.

Am 11. Dezember 1929 tagte in Berlin im Hause des Gesamtverbandes der Arbeitnehmer der öffentlichen Betriebe und des Personen- und Warenverkehrs die beim Gemeinde- und Staatsarbeiterverband bestehende Tariffkommission der Reichs- und Staatsarbeiter. Mit Rücksicht auf die bevorstehende Verschmelzung wurden zu dieser Tagung auch Vertreter des Deutschen Verkehrsbundes zugezogen, so daß es sich also in Wirklichkeit schon um eine Tagung des Gesamtverbandes handelte. Behandelt wurde zunächst die organisatorische Frage, die sich aus der Zusammenlegung der Verbände ergibt. Im 2. Fall wurde Stellung genommen zu der Kündigung des mit der Reichsregierung bestehenden Tarifvertrages für die Arbeiter bei den Reichsverwaltungen.

Kollege Stetter bewies in seinem Referat hierzu, daß der TAR in seiner jetzigen Fassung auf die Dauer ganz unhaltbar ist. Das zeigen besonders die von der Mitgliedschaft aus dem Reich uns zugegangenen Anträge, die noch nie, solange wir mit dem Reich im Vertragsverhältnis stehen, so zahlreich eingegangen waren wie diesmal, und auch die in der Zentrale gesammelten Erfahrungen. Etwas günstiger liegen die Verhältnisse beim Preussischen Staat. Aber auch da sind eine ganze Menge Wünsche zur Vornahme einer Revision laut geworden.

In der eingehenden Diskussion zeigte sich nicht nur der Unwille über die tatsächlichen Auswirkungen der einzelnen Paragraphen des Tarifvertrages, sondern vor allen Dingen auch die Erbitterung über die fortgesetzten Verfügungen, die aus den einzelnen Ministerien herausgehen und die meistens von den nachgeordneten Dienststellen in noch verschärfterem Maße zum Schaden der Arbeiter ausgelegt werden. Starker Unwille wurde zum Ausdruck gebracht über die fortgesetzte, sowohl vom Reich wie auch Preußen anberaumte Entlassung von Arbeitern, die vielfach ohne jede Begründung erfolgt und neuerdings den Anschein erweckt, als ob Arbeiter lediglich zu dem Zweck abgehaut werden, um ihre Stellen, die sie teilweise Jahre und Jahrzehnte lang inne haben, mit Versorgungsanwärtern und Beamten zu ersetzen. Das Schlimmste ist, daß Preußen ebenso wie das Reich dazu übergegangen sind, Schutzpolizisten bzw. Reichswehrsoldaten zur Ausführung rein handwerksmäßiger Arbeiten zu verwenden, ein Zustand, der für die Dauer ganz unhaltbar ist und in dieser Sitzung mit Recht kritisiert wurde.

Scharf verurteilt wurden allerdings auch die gegenwärtig von einem sogenannten wilden Kontrollauschuß in dem Bereich der preussischen Justizbehörden herausgegebenen Rundschreiben an die Betriebsräte in den Reichs- und Staatsbehörden.

Zum Schluß wurde nachstehende Entschliebung einstimmig angenommen, in der insbesondere der Erwartung Ausdruck verliehen wird, daß die Reichs- und preussische Staatsregierung ihre Bereitwilligkeit zum Eintritt in Revisionsverhandlungen erklärt

Die am 11. Dezember in Berlin tagende Tariffkommission der im Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter und im Deutschen Verkehrsbund organisierten Reichs- und Staatsarbeiter begrüßt den Zusammenschluß dieser beiden Verbände auf das lebhafteste und richtet an alle in den Reichs- und Staatsbetrieben beschäftigten und uns noch fernstehenden Arbeitnehmer den Appell, sich unverzüglich dieser Großorganisation anzuschließen. Die Tariffkommission erblickt insbesondere in dem augenblicklichen Verhalten sogenannter wilder Kontrollauschüsse, wie sie in den preussischen Justizbehörden gegründet worden sind, eine schwere Schädigung des gewerkschaftlichen Gedankens und fordert alle Kollegen auf, diesen Forderungen keinerlei Folge zu leisten. Die Tariffkommission beschließt, mit der Reichs- und preussischen Staatsregierung unverzüglich in Revisionsverhandlungen der Wundertarife einzutreten. Sollte dabei kein positives Resultat erzielt werden, so wird die Tariffkommission erübt zu der gegebenen Situation Stellung nehmen. In der Lohnfrage erwartet die Tariffkommission von der Reichs- und preussischen Staatsregierung, daß bei der demnächst zu erfolgenden Durchführung einer Finanzreform in Deutschland auch auf die zurzeit in den Reichs- und Staatsbetrieben noch außerordentlich mangelhaften Lohnsätze Rücksicht genommen wird.

Jetzt haben die beiden Regierungen das Wort. Bei einigermaßen gutem Willen auf dieser Seite muß es zu einer Lösung kommen, die beiden Teilen gerecht wird. D. St.

Die gewerkschaftlichen Organisationen dienen der Kultur nicht nur dadurch, daß sie die Lebenshaltung und damit die Bildung der Arbeiterklasse erhöhen, sondern sie wirken auch direktgünstig auf den Geist der Arbeiter ein. Sie erziehen sie zur Solidarität, und wie die besitzenden Klassen in ausgeprägtem Selbst- und Standesbewußtsein geistiges Fortschrittsstreben erblicken, so erhebt sich die vom Solidaritätsgefühl getragene Arbeiterschaft über den Standpunkt des kranken, kleinfachen Egoismus, der stets gleichbedeutend mit unzureichender Bildung, wenn auch nicht des Wissens, ist. Carl Legien.

Erste Reichskonferenz der Reichsabteilung Straßen-, Privat-, Hafen- und Werksbahnen

Im Gesamtverband der Arbeitnehmer der öffentlichen Betriebe und des Personen- und Warenverkehrs wird eine Reichsabteilung unter obigem Namen gebildet. Um die notwendigen organisatorischen Vorarbeiten vorzunehmen, fand am 11. Dezember im Berliner Gewerkschaftshaus die 1. Reichskonferenz dieser Abteilung statt. Der Deutsche Verkehrsbund kommt in diese Gruppe mit rund 63 000 Mitgliedern, aber auch der Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter kann am Jahreschluß an 18 000 Mitglieder dieser Fachgruppe mustern. Die Konferenz war von 50 Delegierten des Deutschen Verkehrsbundes und 32 Delegierten des Gemeinde- und Staatsarbeiterverbandes besetzt. Zahlreiche Gäste, Vertreter des Verbandsvorstandes sowie die Gau- und Bezirksleiter, die Sachbearbeiter der Straßenbahnfragen, sind, waren anwesend. Die Konferenz wurde abwechselnd von dem Kollegen Kemptner (Deutscher Verkehrsbund) und Hoffmann (Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter) geleitet. Der Kollege Reißner vom Vorstand gab den Bericht über die Gründung des Gesamtverbandes. Im Anschluß an das großzügig aufgelegene Referat berichtete Kollege Riedel über den Entwurf des Arbeitsschutzgesetzes und über seine Behandlung im Vorläufigen Reichswirtschaftsrat. Kollege Riedel hob vor allen Dingen die Bestimmungen, die für die Straßen- und Kleinbahner von besonderer Wichtigkeit sein werden, hervor. Kollege Kemptner als Reichsabteilungsleiter gab dann den Bericht über die Tätigkeit der Reichsabteilung für das Berichtsjahr 1927/29. Er konnte darauf hinweisen, daß der Bericht zum großen Teil gedruckt den Delegierten vorliegt. Aus dem Geschäftsbericht geht noch hervor, daß 20 Manteltarifverträge, davon 5 Reichsmanteltarifverträge, abgeschlossen wurden. Die Tarifabschlüsse brachten eine Reihe von Verbesserungen, besonders hinsichtlich der Arbeitszeit.

Interessant war auch der Vortrag des Kollegen Nürnberg über die „Fakulta“ (die freiwillige Rechtsschutz- und Haftpflichtunterstützungskasse). Kollege Nürnberg gab einen Bericht über die Entstehung dieser Kasse, die heute als absolut lebensfähig angesprochen werden kann. Die wachsenden Gefahren der Straße und die verschärften polizeilichen Bestimmungen bringen immer mehr Kollegen in die Gefahr gerichtlicher Auseinandersetzungen. Die „Fakulta“ gewährt über den im Gesamtstatut vorgesehenen Rechtsschutz Stellung eines sachkundigen Verteidigers, Ersatz sämtlicher aus dem Gerichtsprozeß entstandenen Kosten, je nach der Dauer der Mitgliedschaft Zuschüsse zu dem Sachschaden. Wird ein Mitglied infolge eines Betriebsunfalls verhaftet oder zu Freiheitsstrafe verurteilt, so kann den Familienangehörigen eine Inhaftiertenunterstützung zuteil werden. Kollege Nürnberg empfahl sämtlichen Delegierten, vor allem den neu hinzukommenden Kollegen des Gemeinde- und Staatsarbeiterverbandes, nicht nur selbst in die „Fakulta“ einzutreten, sondern auch auf ihren Dienststellen für diese unentbehrliche Einrichtung lebhaft zu agitieren.

In der Nachmittags-sitzung sprachen ferner noch Kollege Paul Schulz, Leiter der Tarifabteilung des Gesamtverbandes, und Kollege Hoffmann. Kollege Schulz machte längere Ausführungen über die kommende Tarifarbeit und die Bestimmungen zur Schaffung eines einheitlichen kommunalen Gemeinde- und Straßenbahntarifs. Er betonte, daß grundsätzlich ein einheitlicher Tarifvertrag zu schaffen sei, wenn für die besonderen Berufsbedingungen der Straßenbahner ein Zusatzabkommen getroffen werden könne. Weiter machte Kollege Schulz sehr interessante Ausführungen über das Schlichtungswesen und über die Arbeit des Zentralausschusses in Berlin. Eine Reihe von Anträgen wurde dem Vorstand überwiesen. Von den wichtigsten Anträgen nennen wir folgende. Die Bezirksverwaltung Frankfurt a. M. hat beantragt, daß beim Abschluß des RMT. = kommunal

1. der Zentralausschuß beseitigt wird, — 2. für die Interessenstreitigkeiten örtliche bzw. bezirkliche Schlichtstellen errichtet werden, — 3. für Rechtsstreitigkeiten aus Orts- und Bezirksverträgen oder dem RMT. die Arbeitsgerichte zuständig sind, — ferner, daß für das Fahrpersonal bis zur Ueberführung in das Angestellten- oder Beamtenverhältnis ein besonderer Tarifvertrag geschaffen wird.

Barmen beantragte, daß

bei Abschlüssen von Tarifverträgen sowie Lohnabkommen mehr Fühlung mit den Mitgliedern gehalten und nicht Verträge, ohne die Zustimmung der Mitglieder eingeholt zu haben, abgeschlossen werden; — daß für die Ausgestaltung bzw. Neueinführung von Pensionsklassen besonders eingetreten wird; — daß für das Aufsichtspersonal und die Angestellten innerhalb der „Rheinstrom“ ein Tarifvertrag abgeschlossen wird.

Plauen beantragte,

daß eine schnellere Abwicklung von Straffachen bei den Justizbehörden erfolgt; — daß das Personal der privaten Straßenbahnen in das Angestelltenverhältnis überführt wird.

Erfurt beantragte,

daß nach der Gründung des Gesamtverbandes für alle Straßenbahner ein einheitlicher Reichstarifvertrag angestrebt wird, der neben der Regelung der Löhne und Arbeitsbedingungen Pensionsberechtigung und Unfallbürgschaft vorsieht.

Diese Anträge wurden angenommen, aber der Reichsleitung überwiesen. Weiter wurden folgende Entschlüsse angenommen:

„Die heute in Berlin tagende 6. Reichskonferenz der Straßenbahner, Privat-Eisenbahner und Werksbahner fordert von der deutschen Saargebietung, sich dafür einzusetzen, daß das Saargebiet voll und ganz an unser deutsches Vaterland angegliedert wird, damit auch die Straßenbahner des Saargebietes in den Genuß der wirtschaftlichen und sozialpolitischen Einrichtungen des Reiches kommen.“

Weiter wurde eine Entschlüsselung gegen die Methoden des mitteldeutschen Rundfunks angenommen, der indifferente Kollegen über Lohn- und Arbeitsbedingungen der Straßenbahner sprechen ließ; ebenfalls eine ausführliche Entschlüsselung zugunsten der „Fakulta“.

„Die am 11. Dezember 1929 im Gewerkschaftshaus in Berlin tagende Reichskonferenz der Straßen-, Privat- und Werksbahner begrüßt die Verschmelzung der drei Verbände (DVB, Gem.-Arb. und Gärtner) zum Gesamtverband als notwendige und erwünschte Stärkung unserer Rechtsposition. Sie ist überzeugt, daß dadurch die Berufsinteressen der Straßen- und Privatbahner im Gesamtverband noch wirkungsvoller durch die Reichsabteilung vertreten werden könnten. Durch den Zusammenschluß ist die Einheitsorganisationsform für die Verkehrsbetriebe geschaffen worden. Die Konferenzteilnehmer geloben, ihre ganze Kraft einzusetzen, daß das Personal der Verkehrsbetriebe reiflos Anschluß sucht an den Gesamtverband, der als bedeutungsvoller Träger der richtunggebenden Interessenvertretung für Straßen-, Privat- und Werksbahner gilt.“

In die Reichsleitung wurden gewählt die Kollegen: Kemptner (Berlin) als 1. Reichsabteilungsleiter, Karl Hoffmann, stellvertretender Reichsabteilungsleiter, Wilhelm (Berlin), Kalkowski (Berlin), Jäger (Hamburg), Wagner (Mannheim), Rath (München), Appel (Ettlingen), Meinecke (Braunschweig), Marda (Halle), Hofacker (Frankfurt a. M.), Senger (Barmen), Sout (Berlin), Hensch (Berlin) und Mödebeck (Berlin).

In die Tarifkommission für den kommunalen Straßenbahner-tarif wurden vom Gemeinde- und Staatsarbeiterverband die Kollegen Meißner (Königsberg) und Eickelmann (Bielefeld) zugewählt.

Kollege Kemptner konnte am Schluß der Tagung mit Befriedigung feststellen, daß die 1. Konferenz des Gesamtverbandes in großer Harmonie verlaufen sei und glaubt darin ein günstiges Vorzeichen für die Zusammenarbeit in der kommenden Gewerkschaftsarbeit zu sehen. Mit dem Wunsch, daß es der Reichsabteilung gelingen möge, im nächsten Jahre die Zahl von 100 000 Mitgliedern zu erreichen, schloß der Vorsitzende die Versammlung mit einem begeistert aufgenommenen Hoch auf den Gesamtverband.

Karl Hoffmann.

Aus den deutschen Gewerkschaften

Kundgebung des ADGB. und AFA-Bundes zur Reichsfinanzreform. Der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund und der Allgemeine freie Angestelltenbund veröffentlichten folgende Kundgebung:

Zu einer Zeit, in der Deutschland um Wirtschaftsgehung und Lebensraum kämpft, wird von Unternehmerorganisationen und politischen Heißspornen eine Aktion unternommen, die einen neuen Schlag gegen den sozialen Staat und die Lebensinteressen der Arbeitnehmerschaft bedeutet. Die erwarteten Wirtschaftsvereinerungen des Young-Planes dienen dem Reichsverband der Deutschen Industrie in Denkschrift und Kundgebung zu einem Vorstoß, der abzielt auf den Abbau der Arbeitslosenversicherung, auf die Ausdehnung der übrigen Sozialversicherung, die Einschränkung des Schlichtungswesens, die Drosselung der öffentlichen Wirtschaft, die Abwälzung der Steuerlasten des Kapitals auf die Arbeiter.

Mit den Schlagworten „Sicherung der Rentabilität“ und „Kapitalbildung“ wird von der vereinigten sozialen Reaktion eine

Panikstimmung erzeugt, als wäre die deutsche Wirtschaft unter der jähigen Steuer- und Sozialpolitik in eine Katastrophe hineingeführt worden. Der Aufstieg der Wirtschaft im letzten Jahrzehnt beweist aber, daß Sozialpolitik und Sozialversicherung den wirtschaftlichen Fortschritt nicht gehemmt, sondern geküßt haben!

Die Gewerkschaften anerkennen selbstverständlich die Notwendigkeit ausreicher Kapitalbildung. Sie bekämpfen aber jene Politik, die einseitig die wirtschaftliche und politische Macht des Unternehmertums stärkt und die Kapitalbildung in den Sparkassen sowie bei den öffentlichen Körperschaften hemmt.

Unter dem Schlagwort „Finanzreform“ wird einseitige Besitzentlastung gefordert, die andererseits eine Mehrbelastung der beschäftigten Volksmassen zur Folge haben muß. Eine solche Verschlebung in der Verteilung des Sozialproduktes zugunsten der besitzenden Klassen widerspricht nicht nur den Interessen der deutschen Arbeitnehmerschaft, sondern auch dem Wohle der deutschen Gesamtwirtschaft. Sie würde die Kaufkraft der breiten Volksmassen herabdrücken, den Binnenmarkt einengen, eine allgemeine Krise herbeiführen und damit erst die Wirtschaft „aus Ende ihrer Kraft“ bringen.

Ausgangspunkt der Finanzreform muß die schwierige Lage der öffentlichen Finanzen sein. In erster Linie ist der ständige Fehlbetrag, der das Reich in entwürdigende Abhängigkeit von den Banken gebracht hat, unbedingt zu decken. In der Zukunft darf der Haushalt nicht „am Rande des Defizits“ stehen. Er muß die Mittel sicherstellen, die der Gesellschaft durch den technischen Fortschritt auf sozialem und kulturellem Gebiete dauernd erwachsen.

Die unberufenen Eingriffe des Reichsbankpräsidenten in Fragen der Regierungspolitik haben die bestehenden Schwierigkeiten noch verschärft. In wiederholten Malen hat er notwendige Anleihen der öffentlichen Wirtschaft hintertrieben und sich damit zum Schrittmacher des Privatkapitals im Kampfe gegen die öffentlichen Betriebe gemacht. Die Gewerkschaften fordern, daß mit der Finanzreform auch die Wiederholung derartiger Eingriffe verbunden wird.

Im vollen Bewußtsein ihrer Verantwortlichkeit erkennen die Gewerkschaften an, daß im Interesse der Arbeiterschaft auch den Lebensnotwendigkeiten der Wirtschaft Rechnung getragen werden muß. Im Gegensatz zu einer solchen Verantwortlichkeit schrecken maßgebende Kreise des Unternehmertums gegenwärtig nicht davor zurück, eine unbegründete Krisenstimmung zu erzeugen, die geeignet ist, die Wirtschaft in erheblichem Umfange zu erschüttern.

Indem die Gewerkschaften eindringlich vor der Fortsetzung einer solchen gefährlichen Politik warnen, sehen sie sich verpflichtet, darauf hinzuweisen, daß eine unsoziale Umschichtung der wirtschaftlichen Lasten aus der Einkommensverteilung nicht vor sich gehen kann, ohne eine Aera neuer schwerer sozialer Kämpfe heraufzubeschwören.

Der Verband Deutscher Berufs-Feuerwehrmänner hat auf seinem Verbandstag am 13. und 14. Dezember in Berlin endgültig den Anschluß an den Gesamtverband beschlossen. Der Antrag des Verbandsvorstandes, den Anschluß am 1. Januar 1930 zu vollziehen, wurde in namentlicher Abstimmung bei einer Stimmenthaltung mit 35 gegen 2 Stimmen angenommen. Ausführlicher Bericht folgt in Nr. 1 der „Gewerkschaft“ und der „Beamten-Gewerkschaft“.

Landstraßenwärter

Gleiwitz (Oberschl.). In der Mitgliederversammlung der Landstraßenwärter des Kreises Gleiwitz am 8. Dezember in Peiskretscham referierte Kollege Tisch vom Unterbezirk Gleiwitz über das Betriebsrätegesetz. Ausgehend von der reaktionären Einstellung des Kreisausschusses in bezug auf die Bestellung des Wahlvorstandes zur Betriebsrätewahl beleuchtete der Redner die Vorgänge, die die Wahl des Betriebsrates im Kreise Gleiwitz bisher unmöglich gemacht haben. Bekanntlich mußte der Kreisausschuß des Landkreises Oppeln vor das Arbeitsgericht gezerrt werden, um dort darüber befehrt zu werden, daß die Kreisstraßenbauverwaltung als ein einheitlich geschlossener Betrieb im Sinne der §§ 1 und 9 BRG. anzusehen ist. Auch das Landesarbeitsgericht konnte als Berufungsinstanz die erste Entscheidung nur bestätigen. Mit diesem Urteil wurde die Auffassung verschiedener Kreisverwaltungen in Oberschlesien, daß die einzelnen Straßenmeistereien als selbständige Betriebe innerhalb der Kreisbauverwaltung anzusprechen sind, beseitigt. Die Landstraßenwärter der Kreise Oppeln, Leobschütz und Gleiwitz sind damit zu ihrem Recht, welches ihnen die bisher vorenthaltene Betriebsvertretung gewährleistet, gelangt. Anschließend an die Ausführungen des Referenten wurde zur Aufstellung der Vorschlagsliste Stellung genommen, wobei Einstimmigkeit bei der Benennung der in Frage gekommenen Kollegen herrschte. Die Landstraßenwärter des Kreises Gleiwitz sind in unserm Verband zu 100 Proz. organisiert, so daß nur mit einer Wahlvorschlagsliste zu rechnen ist und sich eine Wahl demnach erübrigt.

Aus unserer Bewegung

Bremen. Am 8. Dezember fand im Volkshaus in Bremen die erste Bezirkskonferenz des Gesamt-Verbandes statt, an der neben den zwei Bezirksleitern 120 Delegierte teilnahmen. Nach dem Hinweis des Kollegen Tesch auf die Wichtigkeit dieser Konferenz gab Kollege Polenske (Berlin) in seinem Referat über die kommunalen Aufgaben des Gesamt-Verbandes einen Ueberblick über die Lohn- und Arbeitsverhältnisse aller drei Organisationen in der Vergangenheit. Er glaubt, daß die außerordentlich hohe Zahl der vorhandenen Tarifverträge nicht erforderlich gewesen wäre, wenn man schon früher mehr den Gedanken der Betriebsorganisation vertreten hätte. Aufgabe des Gesamt-Verbandes ist es, in Zukunft das besondere Augenmerk auch den gemischt-wirtschaftlichen Betrieben und den darin beschäftigten Arbeitern zuzuwenden. Nachdem der Referent noch die Agitationsarbeit im kommenden Gesamt-Verband behandelt hatte und auf die vielen Unorganisierten in unserem Organisationsgebiet hinwies, wurde die Wahl zum Bezirksvorstand vorgenommen, der in Zukunft besteht aus den Kollegen: Tesch (Bremen), Funke (Bremen), Dohrmann (Hemelingen), Rimkus (Bremen), Baurza (Bremen), Blume (Bremen), Schmidt (Bremen), Meyer (Bremen), Henrich (Bremen), Meyenburg (Rüstringen), Rabe (Oldenburg). Im Anschluß daran berichtete Kollege Funke über die Zusammensetzung der Ortsverwaltungen und Filialvorstände. Der Wunsch der Versammlung ging dahin, daß die reichs- und bundesstaatlichen Wasserbauarbeiter der Reichsabteilung B (Reichs- und Staatsbetriebe) zugeteilt werden, weil sonst die bereits getroffenen Dispositionen bei der Bezirksleitung über die Zusammenlegung von Ortsverwaltungen usw. hinfällig würden. Die Konferenz war ein glücklicher Auftakt nicht nur zur gemeinsamen Arbeit, sondern auch um die Gewerkschaftsbewegung im Bezirk Bremen vorwärts zu bringen.

Wirtschaftsbezirk Mitteldeutschland. In der ersten Bezirkskonferenz des Gesamt-Verbandes am 8. Dezember in Magdeburg skizzierte Kollege Orlopp (Berlin) die Aufgaben der neuen Großorganisation. Dabei betonte er auch die gewerkschaftspolitische Notwendigkeit des Zusammenschlusses der nunmehr vereinigten Organisationen, die gleichzeitig zu einer Stärkung der Macht der Gewerkschaften führt. Kollege Scherff (Berlin) gab einen Ueberblick über die inneren Organisationsrichtungen des Gesamtverbandes, unter besonderer Berücksichtigung der neu geschaffenen Invaliden-Unterstützungskasse. Darauf wurde die Wahl des Bezirksvorstandes vorgenommen, die folgendes Ergebnis zeitigte: Vorsitzende Fritz Drechsler (Magdeburg), Ludwig Wachtendorf (Magdeburg), Kassierer Adolf Lehner (Magdeburg), Schriftführer Heinrich Hammer (Magdeburg), Beisitzer Hermann Fahrig (Magdeburg), Otto Mädel (Weitzenfels), Ernst Schmidt (Neuhaldensleben), Hermann Meinecke (Braunschweig), Heinrich Seelig (Halle), Adolf Saro (Magdeburg), Alfred Hausmann (Quedlinburg). In den Beirat wurden gewählt: Franz Bertram (Dessau), Fritz Rowald (Magdeburg).

Bezirkskonferenz Nordwest am 8. Dezember 1929 in Hamburg. Erschienen waren aus den Ortsverwaltungen des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter 59, des Deutschen Verkehrsverbundes 57 und des Gärtnerverbandes 7 Delegierte. Außerdem wurden beteiligt 53 Gastdelegierte sowie 18 Vertreter der Verbandskörperschaften. Kollege Stetter behandelte das Thema: Die künftigen Aufgaben des Gesamt-Verbandes. Diese Darlegungen fanden lebhaften Beifall. In den Bezirksvorstand wurden die Kollegen Richter (Kiel), Schuhmacher (Kiel), Möller (Lübeck), Lettow (Rostock), Tarandt (Flensburg), Pollok (Schwerin) und Käthner (Stade), in den Verbandsbeirat die Kollegen Köpke (Wismar) und Feld (Neumünster) gewählt. Sämtliche Wahlen erfolgten einstimmig.

Sachsen. Die Bezirkskonferenz des Gesamt-Verbandes am 8. Dezember im Dresdner Volkshaus wurde vom Kollegen Drechsler eröffnet. Bezirkssekretär Arndt vom ADGB begrüßte die Konferenz im Auftrage der örtlichen und bezirklichen Instanzen des ADGB, und des ADB, sowie des kommunalpolitischen Landesausschusses der SPD. Sodann referierte Kollege Schulz vom Verbandsvorstand über die Aufgaben des Gesamt-Verbandes. Die erste und wichtigste Aufgabe sei, für die Zeit des Überganges alle Schwierigkeiten aus dem Wege zu räumen. Zur Erzielung des größten Nuzeffektes mache sich eine Rationalisierung und Vereinfachung des Verwaltungsapparates notwendig. Das Schwergewicht der Gewerkschaftsarbeit auf dem Gebiete des Tarifrechtes und des Arbeitsrechtes müsse in die Wirtschaftsbezirke gelegt werden. Statistische Arbeiten seien unerlässlich nötig, um Erfolge dabei zu erzielen. Hauptzweck aller Arbeit sei immer, den Interessen der Kollegen zu dienen. Eingehend behandelte er dann die künftige Tarifbewegung. Anzutreten sei, daß einerseits der Gesamt-Verband überall als ein Tarifkontrahent erscheine und andererseits auch ein einheitlicher zentraler Tarifvertrag erzielt werden müsse, der für alle Arbeitnehmer öffentlicher Betriebe gelte. Der Ausbau des sozialen Verhältnisses der Tarifverträge muß vorwärts entwickelt werden. Örtliche und Fachverträge, die

nur die Machtverhältnisse der Arbeitgeber stärken, sind zu befeitigen. In erster Linie ist für ein einheitliches Tarifrecht in den Bezirken Sorge zu tragen. Einheitliche Arbeitsverhältnisse fördern die Entwicklung zum Sozialismus auf dem Wege über die Wirtschaftsdemokratie (Planwirtschaft). Die Allgemeinverbindlichkeits-Erklärung der Tarifverträge bedeutet ein Hilfsmittel in der Ausgestaltung der Arbeits- und Lohnverhältnisse. Die durch den Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter bahnbrechend durchgeführte Arbeit auf dem Gebiete des sozialen Arbeitsrechtes wirkt sich in immer größerem Umfange zugunsten der gesamten Arbeiterschaft aus. Die bisher dabei beschrittene Linie ist auch in Zukunft innezuhalten. Auch Berufs- und Branchentarifverträge hemmen die Vorwärtswirtschaft des Arbeitsrechtes. Die heute schon fest verankerte Betriebsorganisation fand ihre Förderung in einheitlichen Tarifverträgen. Auch Gegner der Betriebsorganisation sind heute gezwungen, in ihrem Sinne Tarifverträge abzuschließen, wie beispielsweise der Deutsche Metallarbeiterverband und der Bergarbeiterverband. Zur Erzielung größter Erfolge der tarifrechtlichen Arbeit des Gesamtverbandes müßten die Funktionäre mit bestem geistigem Material ausgerüstet werden; Mittel dazu sei intensive Steigerung der Bildungsarbeit. Größeren Erfolg noch als die einzelnen drei Verbände müsse in Zukunft der Gesamtverband erzielen können. Einheitlicher Wille der Organisation und gegenseitiges Vertrauen zwischen Funktionären und Mitgliedern würden den Wahlspruch „Dereinte Kraft — Großes schafft“ verwirklichen. — Verbandsvorsitzender Schumann wies dann an Hand einer kurzen geschichtlichen Darstellung die Bedeutung der Organisierung der Ungelernten für den Gesamtverband nach. Sowohl der Verkehrsbund als auch der Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter haben mit der Organisierung der Ungelernten fast gleichzeitig und auch rechtzeitig begonnen. Der Zusammenschluß zum Gesamtverband bedeute einen gewissen Abschluß der Arbeit auf diesem Gebiete. Die bedauerlicherweise vorhandenen Richtungsunterschiede in der Arbeitnehmerbewegung konnten wir nicht hindern. Am bedauerlichsten ist aber, daß innerhalb der freien Gewerkschaften noch drei Spitzenorganisationen vorhanden seien. Ein Tag muß kommen, da Deutschland nur eine einheitliche Organisation der Arbeitnehmer kennt. Geschulte Kräfte brauchen wir künftig zur Stärkung unseres Einflusses auf parlamentarischen Gebiete. — Kollege Sänglerlaub schilderte dann die Bezirkseinteilung. Darüber hinaus machte er Vorschläge für die Zusammenlegung von einzelnen Filialen zu Ortsgruppenverwaltungen. — Die Vorschläge des Kollegen Sänglerlaub wurden in der Diskussion abgelehnt. Die Konferenz beschloß, die Vorlage zur Kenntnis zu nehmen und dem Verbandsvorstand zur Stellungnahme zu übermitteln. — Kollege Schumann erläuterte dann die Durchführung der neuen Beitrags- und Unterstützungsregelung. — Zur Wahl des Bezirksvorstandes hatte Kollege Sänglerlaub vorgeschlagen, die Mitglieder desselben aus dem Vorort der Bezirksleitung, also Dresden, zu wählen. Auch dieser Vorschlag wurde abgelehnt, und nach dem Vorschlag von Schumann beschlossen, daß außer den drei Bezirksleitern mit beschließender Stimme und einem Sekretär mit beratender Stimme, 5 Vertreter aus Dresden, 2 Vertreter aus Leipzig, 1 Vertreter aus Chemnitz, 1 Vertreter aus Zwickau und 1 Vertreter aus Plauen gewählt werden sollen, dabei werden die Vorschläge von den Orten selbst vorgenommen und die einzelnen Berufsgruppen berücksichtigt. — In den Verbandsbeitrat wurden gewählt die Kollegen Ernst Gluck (Leipzig) und Oskar Kurpat (Dresden); als Ersatzmänner die Kollegen Max Bäcker (Chemnitz) und Albert Mädlar (Plauen i. D.). — Damit war die Tagesordnung erledigt. Kollege Preißler sprach in seinem Schlußwort die Erwartung aus, daß gegenseitiges Vertrauen aller Mitglieder zueinander die Organisation vorwärts bringen werde. In kurzen Umrissen schilderte er, wie die Arbeitsverhältnisse einst und jetzt ihre Umgestaltung immer entsprechend der Fortentwicklung der drei Verbände erfahren. Wird Zweck und Ziel des Zusammenschlusses von allen Mitgliedern in vollem Umfange erkannt, dann wird auch künftighin der Gesamtverband in dem Ausbau des Arbeitsrechtes und in der Besserung der sozialen Lage in der Arbeiterbewegung führend vorangehen.

Bezirkskonferenz Südbayern. Kollege Julius Weiß begrüßte die Delegierten und Gäste, besonders die Vertreter des Verbandsvorstandes Anton Reizner und Josef Orlopp. Der ADGB-Ortsausschuß München war vertreten durch Kollegen Gustav Schiefer, der Landesauschuß des ADGB durch Kollegen Fritz Schmidt. Dem verstorbenen Gauleiter des Deutschen Verkehrsbundes, Paul Werthmann, widmete Weiß einen tiefempfindlichen Nachruf. Für die Verwaltung des Deutschen Verkehrsbundes in München sprach Kollege Johann Engel den Wunsch aus, daß die Arbeit der neuen Gesamtorganisation von Erfolg gekrönt sein möge. Der neue Bezirk Südbayern umfasse 22 000 Mitglieder, wovon auf München mehr als 14 000 entfallen. Der neue Gesamtverband nimmt unter den dem ADGB in München angeschlossenen 33 Organisationen die erste Stelle ein. Seine Mitgliedschaft beträgt $\frac{1}{2}$ der Gesamtmitgliedschaft des Münchener Ortsausschusses. — Ueber „Der Gesamtverband und seine nächsten Aufgaben“ referierte Kollege Orlopp, worauf Kollege Reizner über den inneren organisatorischen Aufbau berichtete. Das Reichsgebiet

wird in 19 Wirtschaftsbezirke eingeteilt. Zum Bezirk Südbayern mit dem Sitz in München gehört das Gebiet südlich der Donau. Für die Besetzung des Bezirksvorstandes schlug Reizner vor, als Bezirksleiter Julius Weiß, (Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter), als dessen Stellvertreter Johann Manz (Verkehrsbund, als Kassierer Josef Weigl (Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter), als Schriftführer Dietrich Kündinger (Verkehrsbund). Außerdem schlug Reizner vor zu Bevollmächtigten der Filiale München die Kollegen Engel (Verkehrsbund) und Karl Erhart (Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter). — Nach lebhafter Diskussion beschloß die Konferenz, daß der Bezirksvorstand aus elf Mitgliedern bestehen soll. Die vier von Reizner vorgeschlagenen Kollegen wurden einstimmig gewählt, ebenso die übrigen sieben Beisitzer: Johann Engel, Ludwig Huber, Josef Sailmeier, Michael Kurländer (sämtlich in München), Martin Ernst-Regensburg, Sebastian Schuster-Augsburg und Ludwig Strauß-München. Daran schlossen sich die Wahlen von sieben Ersatzbeisitzern, ferner der Mitglieder zu den ganz Bayern umfassenden Landestarifkommissionen der Gemeindearbeiter, der Staatsverwaltungsarbeiter, der Staatsbauverwaltungsarbeiter und der Staatsgärten. — Zu Mitgliefern des Verbandsbeirats wurden gewählt Michael Walter-München und Josef Sieber-Kempten; zu Stellvertretern Johann Burkert-München und Georg Thoma-Füssen.

Württemberg. In der Bezirkskonferenz am 9. Dezember 1929 in Stuttgart gab Kollege Huber vom Verkehrsbund ein Bild über Entwicklung, Zweck und Ziel des Zusammenschlusses. Die Mitgliedschaft des Gesamtverbandes in Württemberg mit rund 16 500 Mitgliedern gliedert sich in 43 Ortsgruppen. Davon entfallen auf Stuttgart rund 10 000 Mitglieder. Geschäftsstellen mit Angestellten befinden sich in Stuttgart, Heilbronn und Ulm. An der Aussprache beteiligten sich die Kollegen Steinhilber (Stuttgart), Hammer (Ulm), Anhorn (Reutlingen), Bayh (Stuttgart), Link (Göppingen), Großhans (Stuttgart), Schnell (Reutlingen), Schweizer (Ludwigsburg), Arnold (Stuttgart). — Kollege Bolm erläuterte dann die Sagenen. In den Verbandsbeitrat wurden gewählt die Kollegen Franz Engelhardt und Jakob Gebert, als Stellvertreter Bayh und Wilhelm Klein. Der Bezirksvorstand setzt sich zusammen aus den Bezirksleitern Altvater und Huber, ferner aus den Kollegen Anser (Stuttgart), Großhans (Stuttgart), Wolf (Ulm), Kigenmayer (Göppingen), Hörmlle, Grimminger, Steinhilber (Stuttgart), Gassert (Heilbronn), Arnold (Stuttgart).

Offenburg. Die Mitglieder der Filiale Offenburg und des Elektrizitätswerks Mittelbaden nahmen in einer gutbesuchten Versammlung Stellung zur Schaffung der neuen Ortsgruppenverwaltung Kehl-Offenburg. Nach einem Vortrag des Gauleiters Flucht (Karlsruhe) über das Statut des Gesamtverbandes und der Einführung der Invalidenkasse beschloßen die Mitglieder einstimmig den Anschluß an die neue Gruppenverwaltung mit dem Sitz in Kehl. Mit Freuden wurde begrüßt, daß nunmehr durch den Verbandsvorstand auch für das wichtige Gebiet Offenburg-Kehl ein Verbandsangestellter eingestellt wird, der in Zukunft die Interessen der Mitglieder in allen Fragen vertreten soll. Die neuen Beiträge für die Einführung der Invalidenkasse wurden gutgeheißen und besonders anerkannt, daß der neue Gesamtverband auch auf sozialem Gebiet durch die Tat allen Kolleginnen und Kollegen im Alter helfen will. Die Kollegen Müller, Erb, Kern und Baumann sollen als Jahrsstellenleitung die Offenburg-Mitgliedschaft in der neuen Gruppenverwaltung vertreten.

Aus Politik und Volkswirtschaft

Das Vertrauensvotum für die Reichsregierung. Die Defizitwirtschaft, die unter den Reichsfinanzministern Dr. Reinhold und Dr. Köhler getrieben wurde und die infolge der Bockbeinigkeit der bürgerlichen Reichstagsparteien durch den neuen Reichsfinanzminister Dr. Hilferding nicht beseitigt werden konnte, hat infolge der weiter gestiegenen Lasten des Reiches zu einer schweren Finanzkrise geführt. Reichskanzler Müller und Reichsfinanzminister Hilferding haben in der vorigen Woche in sehr eindringlichen Worten dem Reichstage die Finanzlage des Reiches geschildert und ihm den krisenlosen Ausgang gezeigt, insbesondere in der Annahme eines von der Regierung vorgelegten Sofort-Programms. (Wir verweisen auch auf die an anderer Stelle wiedergegebene Kundgebung des ADGB und des AFA-Bundes.) Da auch die Regierung für die weiteren Verhandlungen im Haag über die Durchführung des Young-Planes der notwendigen Rückendeckung durch den Reichstag bedarf, stellte sie gleichzeitig die Vertrauensfrage. In der Abstimmung darüber im Reichstage am 14. Dezember wurde der Regierung das Vertrauen mit 222 gegen 156 Stimmen (bei 24 Enthaltungen) ausgesprochen. Für die Regierung stimmten die Sozialdemokraten, die Demokraten und das Zentrum geschlossen. Die Deutsche

Dolkspartei gab 25 für und 14 gegen die Regierung ab. Drei deutsche Dolksparteierteil und die ganze Bayerische Dolkspartei enthielten sich der Abstimmung, alle anderen Abgeordneten stimmten gegen die Regierung.

Rundschau

Kollege Gnadt aus der KPD. ausgeschlossen. Die KPD. hat den Angestellten unserer Berliner Filiale Wilhelm Gnadt aus ihrer Partei ausgeschlossen. Die Gründe sind aus dem Schreiben zu ersehen, das Kollege Gnadt als Antwort darauf der Bezirksleitung Berlin-Brandenburg der KPD. gesandt hat. Wir geben daraus folgende Ausführungen wieder:

Am Sonnabend, dem 14. d. M., bringt die „Rote Fahne“ in einer Notiz die Mitteilung, daß ich aus der Partei ausgeschlossen wurde, weil ich in der Aufsichtsratsitzung der Berliner Städtischen Elektrizitätswerke A.-G. am 12. d. M. einer Erhöhung der Elektrizitätspreise zugestimmt haben soll. Die letzte Behauptung ist falsch. In der betr. Aufsichtsratsitzung wurde folgender Antrag des Vorstandes zur Beschlußfassung vorgelegt:

„Die Arbeitsgebühr von 0,16 RM. (Tarif I) wird für Strom, der nach der ersten auf die Bekanntmachung dieses Beschlusses folgenden Zählerabrechnung entnommen wird, auf 0,20 RM. kWh erhöht, die Arbeitsgebühr von 0,40 RM. (Tarif II) auf 0,50 RM. kWh.“

Schriftliche Unterlagen als Begründung für diesen Antrag wurden uns nicht überreicht. In der mündlichen Begründung wurde uns gesagt, daß die Elektrizitätswerte ganz erhebliche kurzfristige Schulden hätten, für die keine Deckung vorhanden sei. Wenn nicht umgehend für eine Erleichterung der finanziellen Verhältnisse gesorgt wird, müßten die in Aussicht genommenen und auch die schon begonnenen Bauarbeiten ganz erheblich eingeschränkt werden. Ein weiterer Abbau von Arbeitern und Angestellten sei die unmittelbare Folge, und es müsse außerdem eine Anschlußsperre in Erwägung gezogen werden. Ich habe mich trotzdem mit aller Schärfe gegen obigen Antrag gewandt. Nach langer Aussprache faßte der Aufsichtsrat folgenden Beschluß, dem auch ich zustimmte:

„Der Aufsichtsrat der Dewog hält eine Umänderung der Elektrizitätstariife zwecks Erhöhung der Einnahmen für dringend nötig. Er stimmt der Kündigung der Hochspannungstariife zwecks Individualisierung und Rationalisierung dieser zu und fordert von der Direktion der Dewog umgehend Vorschläge für die Neugestaltung aller Tariife. Der Aufsichtsrat wird nach Vorlegung dieser Vorschläge erneut hierzu Stellung nehmen.“

Die Kündigung der Hochspannungstariife war vor dem 31. Dezember notwendig, weil diese Verträge fast alle bestimmte Kündigungsfristen vorsehen. Ein Vorschlag auf Neugestaltung der Tariife war ebenfalls zu verhandeln, da ja nach der Richtung schon Beschlüsse der letzten Stadtverordnetenversammlung vorliegen, die mit Zustimmung der kommunistischen Fraktion zustande gekommen sind, und da weiter auch die neue kommunistische Fraktion schon den Antrag eingereicht hatte, die sogenannte Zählermiete zu beseitigen. Lebighig gegen den ersten Satz hatte ich Bedenken wegen der verlangten Erhöhung der Einnahmen. — Da liegen aber die Dinge so: Die Dewog benötigt jährlich 80 bis 100 Millionen RM. für Neubauten, um den rapide steigenden Strombedarf zu decken. Davon werden schon jetzt rund 25 Millionen RM. aus laufenden Einnahmen entnommen. Es verbleibt also ein Bedarf von mindestens 55 Millionen RM. Billigt man nun der Stadt überhaupt keine Angaben zu, verlangt also, daß das Anlagekapital unverzinst bleibt, so gehen von dieser Summe weitere rund 25 Millionen RM. ab. Rechnet man endlich mit einer Ersparnis von 2 Millionen RM. durch den von der kommunistischen Fraktion geforderten Abbau der hohen Angestelltengehälter, so bleiben mindestens noch 28 Millionen RM. jährlich ungedeckt. Ich habe während meiner ganzen Aufsichtsratszeit immer verlangt, daß die Ausgaben für Erweiterungsbauten durch Anleihen aufgebracht werden, weil ich nicht einsehen kann, daß die jetzigen Abnehmer mit den Kosten für Neubauten belastet werden sollen, die mindestens 30 Jahre lang im Betrieb sind. Die KPD-Parteiinstanzen haben aber mir und anderen Genossen die heftigsten Vorwürfe gemacht wegen der Zustimmung zur Aufnahme von Anleihen. Wird die Zustimmung zu Anleihen aber von der Partei nicht gebilligt, so lenne ich keinen anderen Weg als den der Erhöhung der Einnahmen, vorausgesetzt, wenn man ernstlich diese Betriebe der öffentlichen Hand erhalten will. —

Der gefasste Beschluß bedeutet ja auch keine endgültige Bindung. Die Hauptsache für mich war aber, daß mit diesem Beschluß der Antrag der Direktion auf sofortige Erhöhung der Preise für Kleinabnehmer gefallen war. — Am gleichen Tage wurde ich aus der Partei ausgeschlossen. Ich habe nicht einmal Zeit gehabt, einem Parteigenossen, der 20 Jahre politisch organisiert ist, eine 5-Pf.-Partei zu schicken und noch 24 Stunden zu warten, bis er die Aufforderung, sich zu verantworten, erhalten hat und ihr Folge leisten konnte. — Die „Rote Fahne“ schreibt: „Der Gewerkschaftsangehörte Wilhelm Gnadt wurde mit Schimpf und Schande aus der Partei gejagt.“ Beschimpft habe ich mich allerdings in der bösesten und ungerechtesten Art. Auf wen aber die Schande fällt, darüber werden wir noch reden.“ Gnadt.

Bausparkassen. Von der Dewog (Deutsche Wohnungsfürsorge AG. für Beamte, Angestellte und Arbeiter) wird uns geschrieben: „Die sogenannten kollektiven Bausparkassen hatten in den letzten Jahren und Monaten einen rapiden Zulauf an Bausparern und Infolgebessenen einen raschen Aufstieg zu verzeichnen.

Dabei ist aber vom Standpunkt des Arbeitnehmers besonders auf zwei Momente hinzuweisen, die bei der Benützung von kollektiven Bausparkassen äußerste Vorsicht erfordern. Einmal gibt es viele Bausparkassen, deren Sparsysteme einer sachlichen Kritik durchaus nicht standhalten, weil sie insbesondere auf dem stets steigenden Zugang an neuen Bausparern aufgebaut sind und man infolgebessenen sagen kann: „den Letzten heißen die Hunde“, — zum andern sind die Mindestsummen der vertrauenswürdigen Bausparkassen so hoch (auch bei den öffentlichen Bausparkassen beträgt die Mindestparsumme 3000 Mk.), daß es den meisten Arbeitnehmern unmöglich ist, eine seinen Einkommensverhältnissen angepaßte Summe innerhalb einer nicht zu langen Wartezeit zu sparen, bzw. eine bestimmte monatliche Sparsumme über 10 oder 15 Jahre lang hintereinander zu leisten. — Der Gedanke des Bauwecksparens ist deshalb aber nicht zu verwerfen, weil er in der Art der heutigen Anwendung in Deutschland nicht einwandfrei ist, sondern es ist zu untersuchen, inwiefern er mit soliden Methoden durchgeführt werden kann und vor allem, inwiefern der Arbeitnehmer mit kleinem und mittlerem Einkommen sich auch des Bauwecksparens mit Erfolg bedienen kann. — Zum Zwecke der Untersuchung dieser Fragen hat sich aus Vertretern des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes ein Ausschuß gebildet, der die Frage des Bausparens eingehend untersucht und praktische Vorschläge machen wird. Es ist deshalb dringend zu empfehlen, das in kurzer Zeit vorliegende Ergebnis der beschleunigten Arbeit dieses Ausschusses abzuwarten.“

Die deutschen Gemeinden sind nach ihrer Größe eingeteilt in Landgemeinden mit weniger als 2000 Einwohnern, Landstädte mit 2000 bis 5000 Einwohnern, Kleinstädte mit 5000 bis 20 000 Einwohnern, Mittelstädte mit 20 000 bis 100 000 Einwohnern, Großstädte mit 100 000 und mehr Einwohnern. — Es entfielen 1925 auf Landgemeinden etwa 22,2 Millionen Einwohner oder 35,6 Proz., Landstädte etwa 6,9 Millionen Einwohner oder 10,9 Proz., Kleinstädte etwa 8,4 Millionen Einwohner oder 13,4 Proz., Mittelstädte etwa 8,4 Millionen Einwohner oder 13,4 Proz., Großstädte etwa 16,6 Millionen Einwohner oder 26,7 Proz. der Gesamtbevölkerung. Also über ein Viertel des deutschen Volkes lebt heute in Großstädten. Vor etwa 50 Jahren war es nur rund ein Zwanzigstel der Bevölkerung, dann aber ging es sprunghaft aufwärts: 1871 rund 5 Proz., 1890 rund 12 Proz., 1910 rund 21 Proz., 1926 rund 27 Proz. Diese aufwärtssteigende Entwicklung der Großstädte wird aller Voraussicht nach auch in den nächsten Jahrzehnten anhalten.

Deutscher Städtetag für Aufhebung der Anleiheberatung. Der Deutsche Städtetag ist an die Reichsregierung herangetreten, um eine endgültige Aufhebung der Reichsberatungsstelle für Auslandsanleihen, deren Existenz, wenn sie nicht verlängert wird, Ende dieses Jahres aufhören soll, zu erzielen. Die Städte wollen die Bevormundung durch die Behörden ersetzen durch Selbstdisziplin; es sollen kommunale Kreditausschüsse aus der Initiative der Selbstverwaltung heraus geschaffen werden, die vor der Entscheidung der zuständigen Aufsichtsbehörde über die Zweckmäßigkeit von Kreditaufnahmen ihr Gutachten abgeben. Diese Kreditausschüsse sollen für Inlandsanleihen und Schuldscheinanleihen über fünf Millionen Mark bei den Provinzen und den Ländern eingerichtet werden. Für Auslandsanleihen soll eine zentrale Gutachterorganisation beim Deutschen Städtetag geschaffen werden.

Briefkasten

Zur gefälligen Beachtung! Mit der heutigen Doppelnummer schließt die „Gewerkschaft“ ihren Jahrgang 1929 ab. In der Woche zwischen Weihnachten und Neujahr, also am 27. Dezember 1929, erscheint keine unserer Zeitungen. Nummer 1 der „Gewerkschaft“ und der „Beamten-Gewerkschaft“ werden am 4. Januar 1930 ausgegeben; Nummer 1 der „Sanitätswarte“ erscheint am 11. Januar 1930. Nummer 1 der „Gewerkschaft“ und der „Beamten-Gewerkschaft“ werden eine genaue Aufstellung enthalten über die Verteilung aller Blätter, die der Gesamtverband herausgibt. Wir machen schon heute darauf aufmerksam und bitten alle Mitglieder, sich an Hand dieser Aufstellung zu informieren, welche Blätter sie zu beanspruchen haben. Schriftleitung der „Gewerkschaft“, „Beamten-Gewerkschaft“ und „Sanitätswarte“.